



Zur Diskussion um einen neuen Ordnungsrahmen  
in der niederländischen Wasserwirtschaft

Dr. Ulrich Scheele

Oldenburg, Juli 2001

2. überarbeitete Fassung

Inhalt:

1. AUSGANGSSITUATION DER WASSERWIRTSCHAFT IN DEN NIEDERLANDEN .....	4
1. AUSGANGSSITUATION DER WASSERWIRTSCHAFT IN DEN NIEDERLANDEN .....	4
2. RECHTLICHE GRUNDLAGEN DER NIEDERLÄNDISCHEN WASSERWIRTSCHAFT .....	5
3. DIE ORGANISATIONSSTRUKTUR DER WASSERVERSORGUNG .....	6
4. DIE NIEDERLÄNDISCHE WASSERVERSORGUNGUNTERNEHMEN.....	9
5. DIE REFORMDEBATTE IN DER NIEDERLÄNDISCHEN WASSERWIRTSCHAFT: HINTERGRÜNDE, KONZEPTE UND AKTUELLER STAND.....	12
5.1 Studie zu den Möglichkeiten der Einführung von mehr Markt in die Wasserwirtschaft .....	13
5.2 Grundzüge eines neuen Wassergesetzes (März 1998) .....	18
5.3 Zum aktuellen Stand der Reformdiskussion.....	21
5.4 Konzentration und Privatisierung in der niederländischen Wasserwirtschaft: Aktuelle Entwicklungen	23
<i>Aktuelle Veränderung in den Marktstrukturen.....</i>	24
<i>Privatisierung öffentlicher Versorgungsunternehmen.....</i>	26
6. EINIGE SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE DEUTSCHE LIBERALISIERUNGSDISKUSSION .....	30

Anhang

Die Struktur der Wasserwirtschaft in den Niederlanden war bis geraumer Zeit selten Gegenstand von Analysen in der wasserwirtschaftlichen Literatur.

Die Veränderungen in diesem Sektor sind in den letzten Jahren jedoch beachtlich, gemessen an den Reformschritten etwa in Großbritannien oder in anderen Ländern waren sie jedoch scheinbar nicht so spektakulär, dass sie für die deutsche Diskussion besonders interessant gewesen wären und spezielles Augenmerk auf sich gelenkt hätten.

Vor dem Hintergrund der aktuellen wasserwirtschaftlichen Reformdiskussion in der Bundesrepublik haben sich das politische und das wissenschaftliche Interesse jedoch zunehmend auf die niederländischen Reformschritte verlagert. Die Debatten im Zusammenhang mit der Novellierung des Wassergesetzes sind insofern auch von großer Bedeutung, weil in den Niederlanden ausgehend von umfassenden Untersuchungen möglicher Wettbewerbsoptionen, in der Zwischenzeit doch erhebliche Abstriche von der anfänglichen Liberalisierungs- Euphorie gemacht wurden und die Regierung heute eher für eine schrittweise Marktöffnung plädiert und explizit die Sicherung der öffentlichen Unternehmen in der Wasserwirtschaft fordert. Dies kann sicherlich nicht als Umkehr von der Deregulierungspolitik auf europäischer Ebene gewertet werden, könnte aber andererseits für Länder, in denen diese Liberalisierungsdiskussion noch anhält, Anlass sein, bestimmte Neuorganisationsprogramme kritisch zu überprüfen.

Der größte Teil der hier benutzten Informationen, Literaturquellen und Gesetzestexte liegt nur in niederländischer Sprache vor. Die Auswertung dieses Materials geschah nach bestem Wissen und Gewissen, alle verbleibenden Unzulänglichkeiten bei den Übersetzungen gehen zu meinen Lasten.

Die vorliegende Studie entstand auf Anregung des Oldenburgisch – Ostfriesischen Wasserverbands (OOWV) in Vorbereitung auf die Teilnahme an der aktuellen Diskussion über die Neuordnung der Wasserwirtschaft. Besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang Herrn Dipl. Geol. Egon Harms für seine Unterstützung und Diskussionsbereitschaft.

Oldenburg, Juli 2001

Ulrich Scheele

---

## 1. Ausgangssituation der Wasserwirtschaft in den Niederlanden

Aufgrund der besonderen topographischen Lage der Niederlande spielt die Wasserwirtschaft und das Management von Wasserressourcen in der Geschichte des Landes immer eine besondere Rolle. Große Teile des Landes vor allem im Norden liegen unter dem Meeresspiegel, weitere größere Teile des Landes sind auf den Schutz von Deichen angewiesen und müssen durch komplexe wasserwirtschaftliche Bauwerke gesichert werden. Diese besondere Lage, die besonders hohe Bevölkerungsdichte und eine intensiv betriebene Landwirtschaft bestimmen die besondere wasserwirtschaftliche Ausgangslage.<sup>1</sup>

Wie in Deutschland ist auch in den Niederlanden die Verfügbarkeit von Wasser auf nationaler Ebene nicht das Problem, entscheidend sind regionale Mengenprobleme sowie grundsätzlich Qualitätsprobleme und hier vor allem Gefährdungen des Grundwassers. Sowohl gemessen am verfügbaren Grundwasservorkommen als auch an der jährlichen Neubildungsrate gibt es keine Grundwasserknappheit in den Niederlanden. Die jährliche Neubildungsrate wird auf über 2 Mrd. m<sup>3</sup> veranschlagt, die jährliche Grundwasserentnahme liegt bei rd. 1,5 Mrd. m<sup>3</sup>.

Die Grundwasservorkommen sind aber regional sehr unterschiedlich verteilt, die größten Vorkommen befinden sich im Norden und im Süden des Landes, während die Grundwasservorkommen in den unmittelbaren Küstenregionen insbesondere wegen Versalzungsgefahren entweder nur eingeschränkt oder gar nicht nutzbar sind.

Seit Beginn der 50er Jahre sind die Grundwasservorkommen aufgrund verschiedener Entwicklungen einem massiven Druck ausgesetzt. Eine steigende Wassernachfrage der öffentlichen Trinkwasserversorgungsunternehmen und der Industrie, aber auch größere Entwässerungsprojekte und wasserbauliche Maßnahmen haben zu einem Absenken der Grundwasserspiegel geführt. Zwar ist diese Absenkung nicht in allen Teilen besonders groß, aufgrund spezifischer natürlicher Bedingungen führen aber bereits geringfügige Absenkungen zu hohen ökologischen und ökonomischen Schäden.<sup>2</sup> Rund 30% der Pflanzen, die besonders abhängig gegenüber schwankenden Grundwasserständen sind, gelten als ausgestorben, rd. 1/3 der niederländischen Wälder sind betroffen. Auch die Landwirtschaft, die selbst zu einem nicht unerheblichen Teil zu diesem Problem beiträgt, ist von diesen Schäden betroffen. Allein für das Jahr 1985 werden die durch Grundwasserabsenkungen verursachten Schäden für die Landwirtschaft auf 1,5 Mrd. Gulden veranschlagt.<sup>3</sup>

Neben diesen Mengenrestriktionen gibt es - ebenfalls regional sehr unterschiedlich - Qualitätsprobleme. Auch hier spielt die intensive landwirtschaftliche Nutzung gerade in den Gebieten mit besonders großen Grundwasservorkommen eine entscheidende Rolle.

---

<sup>1</sup> Im Anhang findet sich eine Liste mit Internet - Links zu verschiedenen niederländischen Institutionen und Organisationen der Wasserwirtschaft.

<sup>2</sup> vgl. u.a. Institut für sozial - ökologische Forschung/ Milieu defensie (Friends of the Earth) (Hrsg.), Sustainable Netherlands: Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande, Frankfurt/M. 1993

<sup>3</sup> Vgl. Wiersma, D., Towards a more sustainable use of groundwater by means of economic incentives: A case study of the Netherlands, Research Paper, University of Groningen 1998






Tabelle 1: Registrierte Grundwasserentnahmen nach Sektoren (Mill. m3 pro Jahr, 1990)

Sektor	Eigenförderung	Versorgungsunternehmen	Insgesamt
Landwirtschaft	25		25
Industrie	250	68	318
Bauindustrie	115		115
Haushalte		550	550
Kommerzielle, öffentliche und Freizeitaktivitäten	51	205	311
Verteilungsverluste		55	55
Insgesamt	441	878	1319

## 2. Rechtliche Grundlagen der niederländischen Wasserwirtschaft

Zahlreiche Gesetze und Verordnungen, in denen jeweils unterschiedliche Zuständigkeiten definiert werden, ergeben eine sehr komplexe institutionelle Struktur der niederländischen Wasserwirtschaft, eine Struktur, die in der Zwischenzeit auch unter Effizienzgesichtspunkten immer stärker in den Mittelpunkt der Kritik geraten ist.

Die gesetzlichen Grundlagen der Wasserwirtschaft <sup>4</sup> bestehen im Einzelnen aus dem:

-  Gesetz über die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen
-  Wasserwirtschaftsgesetz
-  Gesetz über die Verschmutzung der Oberflächengewässer
-  Grundwassergesetz
-  Bodenschutzgesetz

Weitere, auch die Wasserwirtschaft betreffende Regelungen enthält das aktuell novellierte Umweltgesetz.<sup>5</sup> Die folgende Tabelle gibt einen zusammenfassenden Überblick über die rechtlichen Grundlagen und Zuständigkeiten in der Wasserwirtschaft

---

<sup>4</sup> Vgl. Ministry of Housing, Spatial Planning and the Environment, Drinking Water in the Netherlands, Den Haag 1994; Perdock, P.J., Niederlande, in: Correia, F.N., R. A. Kraemer (Hrsg.), Institutionen der Wasserwirtschaft in Europa. Eurowater Band 1, Länderberichte, Berlin u.a.1997, S. 329 - 477

Tabelle 2 Zuständigkeiten im Bereich der Wasserwirtschaft

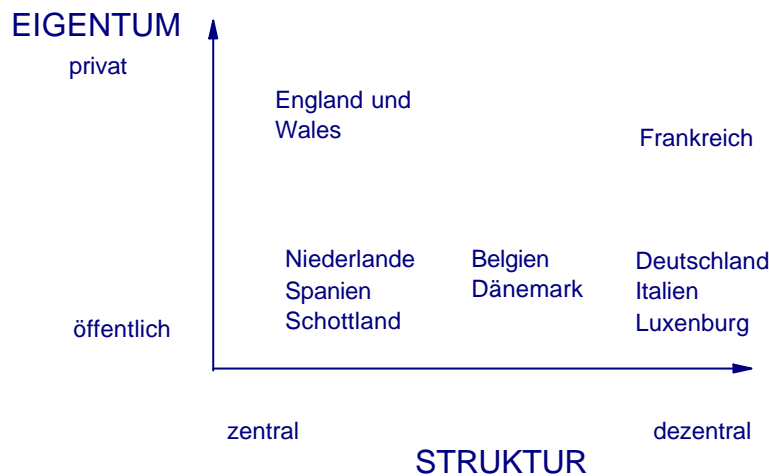
Gesetz	Bereich	Spezifikation	Verantwortliche Behörde
Wasserverwaltungsgesetz	Entnahme von Oberflächengewässern	staatliche Gewässer nicht staatliche Gewässer	Staat Waterschappen
Gesetz gegen die Verunreinigung von Oberflächengewässern	Direkte Einleitungen	staatliche Gewässer nicht staatliche Gewässer	Staat Provinzen und Waterschappen
	Indirekte Einleitungen (Einleitung in die Kanalisation)	spezifizierte industrielle Branchen alle übrigen industriellen Branchen	Provinzen und Waterschappen Gemeinden
Grundwassergesetz	Entnahme von Grundwasser		Provinzen
Trinkwassergesetz	Hygienische Überprüfung, Organisation	Trinkwasserversorgung	Provinzen

### 3. Die Organisationsstruktur der Wasserversorgung

Die Wasserwirtschaft ist in den Ländern der Europäischen Union sehr unterschiedlich organisiert. Nimmt man etwa die beiden Kriterien Eigentumsverhältnisse und Grad der Zentralisierung ergibt sich die folgende Kategorisierung:

<sup>5</sup> Vgl. Tweede Kamer der Staten - Generaal, Vergaderjaar 2000 - 2001, 27644 Toekomst Milieuwetgeving, Nr. 2

## Zentralisierung versus Dezentralisierung



Die Niederlande zählen damit zu den wenigen Ländern mit einer öffentlich-rechtlichen Organisation und gleichzeitig hohem Zentralitätsgrad. Bis in die 70er Jahre hinein war die Wasserversorgung auch in den Niederlanden weitgehend kommunal organisiert, heute wird die Versorgung von nur noch rd. 20 *regionalorientierten, öffentlichen Unternehmen* durchgeführt. Während der 60er Jahre wurden die Wasserversorgungsunternehmen mit zwei Entwicklungen konfrontiert, die grundlegende strukturelle Veränderungen notwendig erscheinen ließen:

Der Wasserverbrauch stieg bedingt durch eine wachsende Bevölkerungszahl und der zunehmenden Industrialisierung des Landes deutlich an, alle Prognosen gingen vor allem in Anlehnung an internationale Erfahrungen von einem weiter steigenden Verbrauch aus.

Gleichzeitig wurden die Versorgungsunternehmen erstmalig auch mit den Folgen der Umweltverschmutzung konfrontiert; vor allem die zunehmende Belastung der Flüsse, aus denen der dicht bevölkerte Westen des Landes das Trinkwasser bezog, erwies sich als großes Problem. Diese Oberflächengewässer wurden jedoch angesichts der begrenzten Grundwasservorkommen als Trinkwasserressourcen zunehmend bedeutsamer.

Durch gesetzliche Reformen wurde vor allem die wasserwirtschaftliche Planung intensiviert. Das für Fragen der Wasserwirtschaft zuständige Ministerium hat danach einen Langzeitplan zu erstellen, in dem unter anderem festgelegt werden muss, über welche Projekte eine Sicherung der zukünftigen Trinkwasserversorgung erreicht werden kann. Mit diesem Plan soll zudem auch eine bessere Koordination der verschiedenen Nutzungsansprüche an den Raum gewährleistet werden.

Die Wasserversorgungsbranche – über VEWIN als Unternehmensverband - verpflichtet sich, innerhalb des staatlichen Langzeitplans einen Zehnjahresplan zu erstellen, der auf der Grundlage von Bedarfsprognosen, Annahmen über Umweltrestriktionen und notwendiger Reservekapazitäten festlegt, welche konkreten Maßnahmen innerhalb der Planlaufzeit tatsächlich umgesetzt werden sollen. Die Wasserversorgungsunternehmen ihrerseits dürfen nur solche Projekte realisieren, die im Zehnjahresplan enthalten sind.

Die Provinzen erhalten mit der Novellierung des Wassergesetzes die Aufgabe, innerhalb ihrer Gebiete für eine effiziente Organisation der Trinkwasserversorgung Sorge zu tragen. Dabei werden folgenden Kriterien zugrunde gelegt:

- **Betriebsgröße der Unternehmen:** die gelieferte Wassermenge soll mindestens 10 - 20 Mill. m<sup>3</sup> pro Jahr betragen
- eine ausreichende **fachkundige Leitung** muss gewährleistet sein
- ein **eigenes Labor** mit fachkundigem Personal muss vorhanden sein
- mindestens 100.000 **Anschlüsse**
- **Integrierte Struktur:** Wassergewinnung und Wasserverteilung in einer Hand.

Eine Zusammenfassung mit anderen Versorgungssparten (Energie etc.) ist ausdrücklich zugelassen. Das Gesetz macht keine Aussagen zur Rechtsform der neu gebildeten Unternehmen.

Die folgende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die verschiedenen wasserwirtschaftlichen Pläne in den Niederlanden.

Tabelle 3: Wasserwirtschaftliche Verwaltungspläne

Ebene	Verwaltungsplan	Art des Plans	Regelungsbereich		
			Oberflächen- gewässer	Grund- wasser	Trinkwasser
Staat	Nationalwasserhaushalts-plan für alle Gewässer	politisch	ja	ja	nein
Staat	Verwaltungsplan für die staatlichen Gewässer	operativ	ja	nein	nein
Staat	Wasserversorgungsplan	politisch	nein	nein	ja
Provinzen	Verwaltungsplan für provinzielle Gewässer	politisch	ja	ja	nein
Waterschappen	Wasserverwaltungsplan für regionale Gewässer	operativ	ja	nein	ja
Versorgungs- gesellschaften	Trinkwasserversorgungsplan	operativ	nein	nein	ja

Quelle: Broseliske 1993, S. 40

Die gesetzlich vorgeschriebenen Planungsaufgaben wurden zügig umgesetzt, ab Ende der 80er Jahren zeigte sich jedoch, dass aufgrund des stagnierenden Wasserverbrauchs kaum noch die dringende Notwendigkeit für eine übergreifende nationale Planung bestand. Verstärkt wurde der regionale Planungsbezug durch die Zusammenführung von umweltpolitischen Maßnahmen und Grundwassermanagement auf der provinziellen Ebene. Die Reorganisation der Branche wurde jedoch weiterhin kontinuierlich vorangetrieben, da vor allem das Qualitätsproblem neue Anforderungen an die Versorgungsunternehmen stellte, die innerhalb der vorhandenen Struktur nur schwer erfüllt werden konnten.

Die Zahl der Wasserversorgungsunternehmen ist nach Ansicht von Experten nach wie vor zu hoch. Im Zuge eines auch staatlich befürworteten Konzentrationsprozesses sollen leistungsfähige Versorgungsunternehmen entstehen. Über die optimalen Betriebsgrößen und die Zahl der Versorgungsunternehmen gehen die Informationen doch auseinander. Einige Veröffentlichungen nennen als anzustrebende Zahl etwa 10 - 15 Unternehmen, in anderen Studien wird sogar von langfristig nur fünf Versorgungsunternehmen ausgegangen.<sup>6</sup>

#### 4. Die niederländische Wasserversorgungsunternehmen

1975 gab es noch 111 kommunale und gemeinnützige Trinkwassergesellschaften in den Niederlanden. Seitdem hat ein staatlich geförderter Konzentrationsprozess eingesetzt, der noch nicht abgeschlossen ist; die Zahl der selbständigen Einheiten in den vorliegenden Verbandstatistiken ist durch zahlreiche Fusionen und Kooperationslösungen schon nicht mehr aktuell.

Die meisten Versorgungsunternehmen waren ursprünglich Gemeindeunternehmen. Durch die Fusionen wurden sie in Aktiengesellschaften (N.V.) umgewandelt, Anteilseigner sind die

---

<sup>6</sup> Vgl. Achtienribbe, G.E., Die Trinkwasserversorgung in den Niederlanden - strukturelle Veränderungen, in: Gwf - wasser- Abwasser 138 Jg. (1997), Nr. 11, S. 548-550; Koppers, H.M.M., S.G.J. Heijman, Entsorgung von Wasserwerksrückständen in den Niederlanden, in: gwf wasser Special 137 Jg. (1996) Nr. 14, S. S127 - S130

Gemeinden des jeweiligen Versorgungsgebietes, in einigen Fällen sind auch die Provinzen selbst Anteilseigner.

Die Angebote der Unternehmen gehen in vielen Fällen über die Wasserversorgung hinaus, weitere Aufgabenfelder sind:

- Elektrizitätsversorgung
- Gasversorgung
- Telekommunikationsdienstleistungen
- Betrieb von Kabelnetzen
- Angebot an umwelt - bezogenen Dienstleistungen
- Consultingleistungen (auch international).

Alle Unternehmen engagieren sich im Bereich Umweltschutz und vorbeugendem Grundwasserschutz, in der Regel fördern sie Wassersparmaßnahmen, vor allem um die Grundwasserentnahmen reduzieren zu können. Einige Unternehmen bieten neben Trinkwasser auch ein zweites "Produkt" an, nämlich Brauchwasser minderer Qualität für die Industrie, in einigen Regionen speziell für Gewächshaus - Industrie. In diesem Bereich werden zumindest langfristig gute Wachstumschancen gesehen.

Das Wasserpreise sollen kostendeckend festgesetzt werden - neueren Studien zufolge sollen die Preise jedoch nicht unerheblich über den Kosten liegen - , so dass sich damit zwangsläufig auch regionale Kostenunterschiede in Abhängigkeit von der Wasserförderung ergeben.

Tabelle 4 Förderkosten (Gulden/m<sup>3</sup> 1993)

Art der Förderung	Grundwasser	Oberflächenwasser
Eigenförderung	0.10 bis 0.20	0.50 bis 1.00
Förderung durch öffentliche Versorgungsunternehmen	0.30	1.50

Quelle: Wiersma 1998

Tabelle 5 Durchschnittliche Trinkwasserpreise (Gulden/m<sup>3</sup> 1989)

Abnahmemenge (m <sup>3</sup> /a)	Quelle		
	Grundwasser	Uferfiltrat	Oberflächenwasser
< 300	1.50	2.30	2.45
>300 < 10.000	0.80	1.65	1.80

> 10.000	0.70	1.45	1.55
----------	------	------	------

Wiersma 1998

Die Wasserpreise setzen sich zusammen aus einer Grundgebühr (rd. 25%) und einer verbrauchsabhängigen Gebühr (rd. 75%), die Abrechnung erfolgt im Wesentlichen auf der Grundlage von Verbrauchsmessungen. (Ausnahme bspw. GWG Groningen mit einem Anteil der gemessenen Wassermenge von rd. 22% !) Die Abrechnung von Großverbrauchern kann auch auf der Basis von Betriebsstunden erfolgen, wobei der zugrunde gelegte Gebührensatz mit zunehmender Betriebsstundenzahl abnimmt.

Vor dem Hintergrund der angespannten Situation der Grundwasservorkommen und im Rahmen erster Ansätze einer ökologisch orientierten Steuerreform wurden 1995 auf die Grundwasserförderung zusätzliche Abgaben erhoben. Eine provinzielle Steuer von 1 bis 8 cents/m<sup>3</sup> dient dazu, mindestens einen Teil der Kosten für Grundwasserforschungsprojekte und der Erstellung von Grundwasserbewirtschaftungsplänen abzudecken. Die zweite Steuer wird vom Finanzministerium erhoben und fließt unmittelbar in den Haushalt, ist also nicht zweckgebunden. Wasserversorgungsunternehmen zahlen 34 cent/m<sup>3</sup>, andere Nutzungen werden mit einer Gebühr von 17 cent/m<sup>3</sup> belegt.<sup>7</sup> Die Entnahme von Trinkwasser aus Oberflächengewässern wird nicht besteuert, dennoch dürfte der steuerliche Lenkungseffekt gering sein, da die Kostennachteile der Oberflächenwassernutzung durch die steuerliche Belastung der Grundwassernutzung nicht kompensiert werden.

#### *Organisation der Abwasserbeseitigung*

Wie in der Bundesrepublik auch, sind in den Niederlanden Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung organisatorisch getrennt. Die Aufgabe des Baus, des Betriebs und der Unterhaltung des Kanalisationssystems ist kommunale Aufgabe, der Betrieb von Kläranlagen wird jedoch auch oft von den für die Überwachung der Gewässergüte zuständigen Wasserwirtschaftsämtern übernommen.<sup>8</sup>

Der Anschlussgrad an die öffentliche Kanalisation ist sehr hoch, trotz eines sehr differenzierten Finanzierungssystems stoßen jedoch vor allem die Kommunen an Grenzen der finanziellen Belastung, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung neuer europäischer Gewässerschutzrichtlinien.

Die Finanzierung des Abwassersystems erfolgt zum einem unmittelbar über Abwassergebühren, die sich jedoch nicht wie etwa in Deutschland am Frischwassermaßstab orientieren, sondern auf der Grundlage von Einwohnergleichwerten ermittelt und an den

---

<sup>7</sup> Vgl. Buckland, J., T.F. Zabel, Ökonomische Instrumente in der Wasserwirtschaft, in: Correia, F.N., R. A. Kraemer (Hrsg.), Institutionen der Wasserwirtschaft in Europa. Eurowater Band 2, Themenberichte, Berlin u.a.1997, S. 189ff.

<sup>8</sup> Es gibt auch in den Niederlanden Überlegungen zu einer Zusammenlegung von Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. In einer Quelle wird in diesem Zusammenhang auf mögliche Kosteneinsparungen in Höhe von zwischen 5 und 14 Mrd. Gulden verwiesen (<http://www.waterbedrijf-gelderland.nl> 5.12.2000). Komplexe Eigentumsstrukturen und die mangelnde Übereinstimmung von Ver- und Entsorgungsgebieten erschweren zur Zeit jedoch derartige Integrationsbestrebungen.

---

jeweiligen Betreiber der Anlage zu entrichten sind. Die Gebühren pro EGW richten sich nach der Höhe der im nächsten Jahr von den Betreibern benötigten Einnahmen. Die Kommunen erheben ein zusätzliches Entgelt für die Inanspruchnahme der Netze.

Ein wesentlicher Teil der abwasserwirtschaftlichen Investitionen wird über diverse staatliche Programme bezuschusst. Die Einnahmen entstammen einer Abwasserabgabe, die bei Abwassereinleitungen erhoben werden.

## **5. Die Reformdebatte in der niederländischen Wasserwirtschaft: Hintergründe, Konzepte und aktueller Stand**

Sowohl im Vergleich zur Bundesrepublik als auch zum Durchschnitt der Europäischen Union weisen die Niederlande seit einigen Jahren deutlich bessere wirtschaftliche Entwicklungsdaten auf. Besonderes Interesse findet dabei die Arbeitsmarktentwicklung. Auch wenn die "Erfolge" bei näherer Betrachtung relativiert werden müssen (Qualität und Art der Arbeitsplätze; höhere Wachstumsraten als Aufholprozess), wird das "holländische Modell" durchaus als Vorbild gesehen.<sup>9</sup> Das Modell basiert stark auf dem Konsens aller gesellschaftlichen Gruppen, die umgesetzten Reformen sind daher vor allem was die Geschwindigkeit der Umsetzung anbelangt, wenig radikal. In den letzten Jahren sind Reformen eingeleitet worden, die sich vor allem auf eine Steigerung der Effizienz des öffentlichen Sektors beziehen.<sup>10</sup> Kernstücke dieser Reformpolitik sind:

- Das MWD – Projekt (Marktwerving, Deregulering en Wetgevingskwaliteit), ein mehrjähriges Programm zur Deregulierung und Verbesserung der Gesetzgebungsqualität<sup>11</sup>
- die Novellierung des Wettbewerbsrechts, und
- die Liberalisierung von Infrastrukturbereichen

Mit der Liberalisierung in den netzgebundenen Infrastrukturbereichen wird vor allem das Ziel verfolgt, verstärkt Wettbewerb einzuführen, in dem die Märkte für neue Anbieter geöffnet werden. (Telekommunikation, Energie, Transport, Umweltbereiche). Auch die Wasserversorgung ist von diesen Bemühungen nicht ausgenommen, trotz der fortschreitenden Konzentration blieb die Wasserversorgung unter Effizienzgesichtspunkten in der Kritik.

Die Diskussion um das neue Wassergesetz ist noch nicht abgeschlossen, gegenwärtig geht man davon aus, dass zum Ende des Jahres 2001 eine Verabschiedung möglich ist.<sup>12</sup> Der zeitliche Verlauf der Novellierungsdebatte ist in folgender Übersicht zusammengefasst:

---

<sup>9</sup> vgl. u.a. Kuntze, O.-E., Niederlande, in: ifo- schnelldienst 4/98, S. 42- 53; OECD, OECD Economic Surveys 1997 - 1998: Netherlands, Paris 1998

<sup>10</sup> Vgl. OECD, Issues and Developments in Public Management, Survey 1996 - 1997, Paris 1997; OECD, OECD Economic Surveys 1997 - 1998: Netherlands, Paris 1998

<sup>11</sup> Vgl. auch Ministerie van Economische Zaken, Meer markt, minder regels, betere wetten. MDV Jaarbericht 2000, November 2000

<sup>12</sup> Bei der Novellierung des Wassergesetzes stehen nicht nur organisationsrechtliche Fragen im Mittelpunkt, notwendig wurde eine Novellierung auch, um die Europäische Trinkwasserrichtlinie in nationales Recht umzusetzen. Auch die Reichweite des Gesetzes ändert sich: darunter fallen in der Zukunft nicht nur die Wasserversorgungsunternehmen, sondern alle Einrichtungen und Anlagen, über die Trinkwasser gefördert

---

1975	Wassergesetz
ab Mitte der 90er Jahre	Diskussion um den Ordnungsrahmen in der Wasserwirtschaft
1997	Studie zu Wettbewerbsmöglichkeiten in der Wasserwirtschaft
Februar 1998	Vorlage von Grundzügen eines neuen Wassergesetzes
April - Mai 1998	Debatte über das neuen Wassergesetz im Parlament; teilweise Rückweisung der Kabinettspläne
Juni 1999	Neue Stellungnahme des zuständigen Ministeriums zur Novellierung des Wassergesetzes
November 1999	Ergänzende Stellungnahme zu Anmerkungen der zuständigen Parlamentskommissionen
Februar 2000	Stellungnahme des Kabinetts zu Liberalisierung und Privatisierung in den netzgebundenen Infrastrukturbereichen
August 2000	Verbot der Privatisierung von Wasserversorgungsunternehmen
Ende 2001 (?)	Verabschiedung des novellierten Wassergesetzes

### 5.1 Studie zu den Möglichkeiten der Einführung von mehr Markt in die Wasserwirtschaft

Vom Wirtschafts- und vom Finanzministerium wurde im Frühjahr 1997 bei einer gemeinsamen Forschergruppe der Universitäten Rotterdam und Groningen eine Studie in Auftrag gegeben, in der detailliert die Möglichkeiten untersucht wurden, wie unter Berücksichtigung der besonderen öffentlichen Interessen (Versorgungspflicht Trinkwasserqualität, Umweltschutz, etc.) Wettbewerbselemente in die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung eingeführt werden könnten.<sup>13</sup> Die Studie definiert quasi den Rahmen für mögliche Organisationsmodelle in der Wasserwirtschaft der Niederlande. Auch wenn im nach hinein keine 1:1- Umsetzung der Vorschläge in die Gesetzesvorlage stattgefunden hat, ist sie dennoch für die Debatte von erheblicher Bedeutung. Die Studie befasst sich in einem ersten Schritt ausführlich mit der

---

und verteilt wird, d.h. also auch Haushaltsleitungen oder Anlagen zur Eigenversorgung bei Unternehmen, Campinganlagen, Kasernen etc. Vor allem die finanziellen Konsequenzen dieser veränderten Rechtslage sind nicht unbeträchtlich; dieser Teil der Novellierung soll jedoch hier nicht weiter thematisiert werden.

<sup>13</sup> Vgl. Dijkraaf, E., De Jong, R., van de Mortel, E.G.u.a. Moeglijkheden tot Marktwerking in de Nederlandse watersector. Ocfeb Erasmus Universiteit Rotterdam, Mai 1997, Untersuchung im Auftrag des Ministerie von Economische Zaken

Leistungsfähigkeit des bisherigen Versorgungssystems. Sie kommt dabei zusammengefasst zu folgendem Ergebnis:

MERKMAL	GUT	VERBESSERUNGSFÄHIG
Infrastrukturausstattung	X	
Investitionsfinanzierung	X	
Versorgungssicherheit	X	
Technische Bedingungen	X	
Wassermessung	X	
Prozentsatz angeschlossener Haushalte	X	
Umweltbedingungen		
• Gesetzliche Regelungen	X	
• Überwachung	X	
• Informationen	X	
Service		
• Niveau	?	
• Information		X
Wohlfahrtsverluste		X
Kosteneffizienz		X

Quelle: S. 65

Das wichtigste und innerhalb der niederländischen Wasserwirtschaft auch umstrittenste Ergebnis der Studie ist der Hinweis auf die mangelnde Kosteneffizienz der gegenwärtigen Marktstruktur: <sup>14</sup> nach konservativen Schätzungen beliefen sich die Kostenineffizienzen in der ersten Hälfte der 90er Jahre auf rd. 6 % für die Wasserversorgung <sup>15</sup> und rd. 8% im Abwasserbereich; bei Einführung von Wettbewerb sehen die Autoren potentielle Effizienzgewinne von 15% im Wasserbereich und bis zu 30% im Abwasserbereich. Insgesamt entspricht dies Kosteneinsparungen in der Größenordnung von zusammen rd. 640 Mill. Gulden.

<sup>14</sup> Kritik kommt vor allem vom Wasserverband VEWIN, der die mangelnde Effizienz der Wasserversorgung bestreitet und den Verfassern auch fehlende Kenntnis der ökonomischen, rechtlichen und technischen Aspekte der Wasserwirtschaft vorhält; so etwa Achtienribbe, G.E., Onwijs over water, o.J. 1998

<sup>15</sup> Vgl. auch Dijkgraaf, E., R. de Jong, Efficiency of Water Services under Different Regulatory Regimes: The United Kingdom and the Netherlands, Paper presented to the 1998 World Congress of Environmental and Resource Economists, Fondazione Eni Enrico Mattei

Um diese Spielräume ausschöpfen zu können, plädieren die Verfasser für eine stärkere wettbewerbliche Orientierung, wobei sie auf der Grundlage theoretischer Überlegungen und der Untersuchungen ausländischer Modelle sehr verschiedene und unterschiedlich weitreichende grundsätzliche Ansätze unterscheiden:

- Informationspolitik (Benchmarking)
- Yardstick - Wettbewerb
- Ausschreibung von Konzessionen
- Wettbewerb entlang der Grenzen von Versorgungsgebieten
- Common Carriage
- Aufbau eines umfassenden Wassernetzes (National Grid)
- Wettbewerb über Privatisierung

Alle Optionen sind im unterschiedliche Maße durchführbar, so würde etwa die Umsetzung von Wettbewerbslösungen mit konkurrierenden Zugang zum Netz tiefgreifende Veränderungen im wasserwirtschaftlichen System bedingen: die Autoren betonen daher die Notwendigkeit einer dynamischen Betrachtung und unterscheiden zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen.

### **Kurzfristige Maßnahmen**

Die Studie schlägt hier zwei Maßnahmen vor, die relativ schnell umzusetzen wären. Der erste Schritt zu mehr Markt wird in der Verbesserung der bisher nur unzureichenden Datenbasis gesehen. Die Autoren schlagen daher die Gründung eines neuen Instituts vor: CONWAS (Controlerend Orgaan Nederlandse **WA**ter **S**ector), soll die erforderlichen relevanten Daten sammeln, analysieren und publizieren.

#### ***Informationen über die Wasserwirtschaft***

##### Dienstleistungsqualität

Bsp. Art und Anzahl der von Kunden vorgebrachten Beschwerden und Einsprüche; Schnelligkeit mit der diese Beschwerden abgearbeitet werden

##### Umweltqualität

Anzahl der aus Trinkwasser und Abwasser entnommenen Proben; Zahl der Proben, die die gesetzlich vorgegebenen Grenzwerte einhalten

##### Kosten

In Abstimmung mit den Unternehmen sollen Methoden und Techniken entwickelt werden, mit denen Kosten vergleichbar gemacht werden können. Vergleiche sollen auf der Basis von Bruttokosten stattfinden, wobei eine Korrektur der Kostenangaben um die Faktoren erfolgt, die

von Unternehmen nicht zu beeinflussen sind (Art des Wasserbezugs; Anzahl der Anschlüsse pro Einheit abgesetzter Wassermenge etc.). In dem in nicht anonymisierter Form veröffentlichten Bericht wird ein Maß für die relative Effizienz aller Unternehmen angegeben.

#### Gewinne

Analyse von Gewinnziffern; Ausgangspunkt ist dabei die gesetzlich festgelegte Forderung nach Kostendeckung; die Unternehmen können hier Gründe geltend machen, warum sie Gewinne erzielen müssen

#### Infrastruktur

Erfassung der infrastrukturellen Gegebenheiten; Prüfung von Investitionen und Unterhalt an Effizienzkriterien

Die periodischen Berichte von CONWAS sollen den Informationsstand der Wasserverbraucher verbessern und vor allem aber auch den Aufsichtsbehörden und den Anteilseignern die Möglichkeit geben, bei offenkundigen Fehlentwicklungen korrigierend einzugreifen.

*Benchmarking - Konkurrenz* wäre der zweite logische Schritt in Richtung auf mehr Markt in der Wasserwirtschaft, nachdem CONWAS seine Tätigkeit aufgenommen hat. Auf der Grundlage der gesammelten Informationen kann relativ einfach festgestellt werden, wie kosteneffizient die Unternehmen sind. Ein Wettbewerbsmechanismus wird nun so eingebaut, dass im Rahmen der Preisregulierung der den jeweiligen Unternehmen zugestandene Kostenanstieg sich an dem zu erwartenden Kostenanstieg des effizientesten Unternehmens der Branche orientiert. Obwohl es innerhalb der Branche keine unmittelbare Konkurrenz gibt, haben bei einem solchen System die Unternehmen immer Anreize sich kosteneffizient zu verhalten. Dieses Verfahren kommt in der Regulierungspraxis unter dem Stichwort des Yardstick - Competition zur Anwendung.<sup>16</sup> Die Autoren der niederländischen Studie tun sich etwas schwer bei der Begründung der Methode, weil man es hier anders als in England nicht mit privaten, gewinnorientierten Unternehmen zu tun hat. Um die Anreizeffekte zu stärken, schlagen sie daher vor, dass auch die öffentlichen Unternehmen im gewissen Umfang auch Gewinne einbehalten dürfen.

### **Marktliche Lösungen auf mittelfristiger Sicht**

Mittelfristig sind nach der Studie eine Reihe weiterer Ansätze in verschiedenen Kombinationen denkbar. Sie unterscheiden sich im Wesentlichen in dem Maße, in dem sie in die bestehenden Marktstrukturen eingreifen.

Eine Möglichkeit, Wettbewerb zu initiieren, ohne die gegenwärtige Marktstruktur wesentlich verändern zu müssen, besteht in der *Ausschreibung der Ver- und Entsorgung neuer Projekte* (Wohn- oder Industrieprojekte). Bei deren Planung könnte eine solche Ausschreibung

---

<sup>16</sup> Mit der Arbeit des niederländischen CFB liegt jetzt eine umfassende Studie zu den Möglichkeiten der Anwendung des Yardstick competition in den Niederlanden vor. Die Verfasser sehen gute Chancen für eine Umsetzung in der Wasserwirtschaft; CFB Netherlands Bureau for Economics Policy Analysis, Yardstick competition: Theory, design, and practice. Working Paper No. 133, The Hague, December 2000

---

verpflichtend gemacht werden. Um diese Projekte können sich sowohl bestehende Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsunternehmen bemühen, als auch neue Unternehmen, darunter im Zuge der Umsetzung des europäischen Vergaberechts auch ausländische Unternehmen. Die in der Region vorhandenen Unternehmen haben zwangsläufig Vorteile, da sie bereits vor Ort über die entsprechende Infrastruktur verfügen, während Newcomer hier erst investieren müssen. Voraussetzung für diese Option ist die Aufhebung des gesetzlichen Versorgungsmonopols der bestehenden Unternehmen und eine diskriminierungsfreie Behandlung der Newcomer etwa bei der Zuteilung der Wassernutzungsrechte durch die Provinzen.

*Ausschreibung der Ver- oder Entsorgung über neue Anschlüsse:* Insbesondere an den Grenzen der Versorgungsgebiete von Unternehmen wird durchaus die Möglichkeit gesehen, über die Verlegung zusätzlicher Leitungen vor allem Großverbraucher zu versorgen und somit Wettbewerb zu ermöglichen. In der Abwasserwirtschaft werden von den Autoren hier aufgrund der spezifischen Kostenbedingungen nur geringe Möglichkeiten gesehen.

*Ausschreibung von Ver- und Entsorgungsleistungen unter Ausnutzung des vorhandenen Leitungsnetzes:* Diese als common carriage bekannte Option käme besonders dort in Frage, wo die Großverbraucher zu weit vom Versorgungsgebiet und damit dem Versorgungsnetz des neuen Anbieters entfernt liegen und sich somit die Errichtung von neuen Anschlüssen nicht lohnt. Die common carriage - Lösung spielt aber vor allem dort eine Rolle, wo ganze Gemeinden den Wasserversorger wechseln wollen.

Für den Abwasserbereich dürften common carriage Modelle kaum in Frage kommen, wahrscheinlicher ist hier, dass Newcomer innerhalb der alten Versorgungsgebiete neue Abwasserreinigungsanlagen errichten.

Für die Wirkungsweise von Common carriage müssen eine Reihe von Voraussetzungen geklärt werden:

- Regulierung des Netzzugangs, Feststellung der Übertragungskapazitäten, Regulierung der Zugangstarife (wäre Aufgabe von CONWAS)
- Kontrolle der Wassermengen; Trinkwasser kann aus Qualitätsgründen nicht immer vermischt werden; dies stellt erhebliche Anforderungen an das Netzmanagement, Gleichzeitig muss jedoch sichergestellt werden, dass dieses Argument nicht gegen jede Form von Wettbewerb eingesetzt wird
- Regelung der Verantwortlichkeiten zwischen den Betrieben (Bsp. bei Schadensfällen, Lieferunterbrechungen etc.)
- Auch unter den Bedingungen des common carriage muss sichergestellt werden, dass im ausreichenden Maße in die Unterhaltung und den Ausbau der Leitungsnetze investiert wird.

Grundsätzlicher ist dabei schon die Frage, inwieweit in der Wasserwirtschaft von solchen Durchleitungsmodellen überhaupt Gebrauch gemacht wird: in der Regel haben die bisherigen Versorger gegenüber Newcomern strategische Vorteile. Die Autoren der Studie setzen ihre Hoffnungen daher auf den potentiellen Wettbewerbsdruck, der von dieser Option ausgeht.

---

Andererseits können sich aus der Anwendung dieser common carriage - Modelle auch einige Probleme ergeben, wie etwa die Ausnutzung der Marktmacht durch die Netzinhaber oder aber auch Veränderungen der Marktstruktur durch eine Reduzierung der Zahl der Unternehmen.<sup>17</sup> All das kann institutionelle Reformen notwendig machen, d.h. auf lange Sicht stärker regulierende Eingriffe des Staates erfordern.

### **Marktliche Lösungen auf lange Sicht**

Eine Möglichkeit, die Probleme im Zusammenhang mit common carriage - Modellen zu umgehen, wird langfristig in einer Trennung von Netz und Betrieb gesehen, d.h. das Leitungsnetz bleibt staatlich, die (öffentlichen und privaten) Wasserversorgungsunternehmen konkurrieren untereinander über dieses Netz um Kunden (Großkunden und Gemeinden). Die Netzverwaltung kann sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene stattfinden. Für die Verwaltung des Infrastruktur soll eine eigenständige Institution gegründet werden: BINWAS (**B**eheersmaatschappij **I**nfrastructuur **N**ederlands **W**ater **S**ector). BINWAS erhält die Aufgabe, den diskriminierungsfreien Netzzugang innerhalb der gegebenen Kapazitäten zu sichern, die Transportkapazität aufrechtzuerhalten und generell die Aktivitäten auf dem Netz zu managen.

Nach der Errichtung von BINWAS kann die Privatisierung der übrigen Unternehmensteile durchaus eine sinnvolle Lösung darstellen. Den privaten Unternehmen steht es frei, sich im gesamten Land um Konzessionen zu bemühen. Bei diesen Ausschreibungen sind verschiedene Varianten denkbar:

- Unterschiedliche Laufzeiten (wenn die Unternehmen in Anlagen investieren sollen, dann sind längere Laufzeiten zwingend)
- unterschiedlicher Umfang der Konzessionen (Komplettangebot oder Teilfunktionen)

Die Unternehmen werden auch außerhalb der Niederlande tätig werden dürfen, andererseits werden sich auch ausländische Unternehmen auf dem niederländischen Markt engagieren können.

### **5.2 Grundzüge eines neuen Wassergesetzes (März 1998)**

Im März 1998 legte die Regierung erstmals Grundzüge eines neuen Wassergesetzes vor.<sup>18</sup> Die notwendige Novellierung begründet sie mit den seit der Verabschiedung des Gesetzes im Jahre 1957 eingetretenen Veränderungen in der Wasserbranche (Technik, Umwelt, europäische Vorgaben, etc.).<sup>19</sup>

---

17 Fusionen aber auch eine vertikale Integration werden die Möglichkeiten des Wettbewerbs behindern. Eine wirkungsvolle Kartellaufsicht ist daher in allen Fällen notwendig.

18 Vgl. Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke, Ordening en Milieubeheer (VROM), De Hoofddlijnen voor en nieuwe Waterleidingwet, Den Haag, März 1998

19 In das novellierte Wassergesetz werden auch neue Regelungen im Hinblick auf die nationale Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie mit aufgenommen werden müssen. Die diesbezüglichen Vorschläge im Gesetzesentwurf sind weitgehend unstrittig und sollen hier auch nicht weiter betrachtet werden.

---

Das Kabinett versteht sich nicht als Vorreiter einer Privatisierung, möchte aber alle Instrumente nutzen, um die Effizienz und Leistungsfähigkeit der Wasserversorgungsunternehmen zu verbessern. Die Kernelemente dieses Regierungsentwurfs sind:

### *Konzessionen*

Die Wasserversorgung erfolgt auf der Basis exklusiver Rechte für die Versorgung mit Trink- und Industrierwasser, zumindest in den Bereichen, in denen bislang kein Wettbewerb herrscht. Die Konzessionsinhaber haben verschiedene Verpflichtungen:

- Versorgungspflicht
- Verantwortung für die Versorgungssicherheit etc.
- Sicherung der Transparenz bei der Unterscheidung von kommerziellen Aktivitäten und öffentlichen Versorgungsaufgaben.

Um potentiell mögliche Wettbewerbslösungen nicht zu behindern, schlägt der Entwurf getrennte Konzessionen für die Infrastruktur und den Betrieb der Infrastruktur vor. Die Laufzeit der Infrastrukturkonzession soll etwa 20 Jahre betragen und die Betriebskonzession maximal 10 Jahre.

Man ist sich darüber einig, dass allen Unternehmen, die zum Zeitpunkt der Gesetzesnovellierung die Wasserversorgung durchführen, diese Konzessionen sowohl in Bezug auf die Infrastruktur als auch den Betrieb zugewiesen werden soll. Die Zuteilung der Konzession erfolgt durch das zuständige Ministerium.

### *Benchmarking*

Ein Benchmarking soll verpflichtend eingeführt werden. Die ausgewerteten und veröffentlichten Informationen beziehen sich nicht nur auf finanzielle Aspekte, Preise, Kosten sondern auch auf die Qualität der Serviceleistung und auf die Umweltqualität.

#### **Freiwilliges Benchmarking**

Der niederländische Wasserverband VEWIN hat 1998 auf freiwilliger Basis ein Benchmarking durchgeführt. (VEWIN, Water in Zicht. Benchmarking in de drinkwatersector, Rijswijk 1999). Im Hinblick auf die Qualität und Versorgungssicherheit befanden sich alle Unternehmen auf einem hohen Niveau, der durchschnittliche Wasserpreis aber auch die Tarifunterschiede in den Niederlanden sind mit denen anderer Länder vergleichbar. Die Preisunterschiede innerhalb der niederländischen Wasserversorgung ergaben sich hauptsächlich aus den unterschiedlichen Quellen, aus denen die Unternehmen das Trinkwasser bezogen. Die Studie verweist dennoch auch auf Spielräume zur Verbesserung der Effizienz. Sie liegen vor allem im Bereich des Personal, des Einkaufs und betriebsunterstützender Aktivitäten.

Die Veröffentlichung der Ergebnisse einer zweiten Benchmarking – Studie ist für das Ende des III. Quartals 2001 vorgesehen. Interessante Ergebnisse eines Unternehmensvergleichs findet man auch in der Studie der britischen Regulierungsbehörde OFWAT, die in einem Unternehmensvergleich mit ausländischen Unternehmen auch niederländische Wasserversorger miteinbezogen hat. (OFWAT, Comparing the performance of the water companies in England and water in 1998-1999 with water enterprises in other industrialised countries, September 2000)

Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des neuen Wassergesetzes soll das Benchmarking- System evaluiert werden.

#### *Marktwirtschaftliche Lösungen in der Wasserwirtschaft*

Das Kabinett schlägt vor, erst nach einer Überprüfung insbesondere der Erfahrungen mit dem Benchmarking zu überlegen, ob nicht auch andere Wettbewerbsvarianten in die Wasserwirtschaft eingeführt werden könnten.

Ausdrücklich betont wird jedoch in diesem Zusammenhang, dass die Infrastruktur weiterhin in öffentlicher Hand bleiben soll, und marktliche Lösungen nur im Bereich des Betriebs der Infrastrukturanlagen gesehen werden.

In der Ausschreibung der Betriebskonzession wird eine Möglichkeit gesehen, die weiterhin zu untersuchen wäre. Die Ausschreibung könnte dabei entweder durch den Staat oder durch die Wasserversorgungsunternehmen selbst erfolgen.

An zweiter Stelle sollten die Erfahrungen mit Wettbewerbslösungen in anderen netzgebundenen Infrastruktursektoren analysiert werden, etwa die Frage des freien Netzzugangs etc.

#### *Freier Markt bei Industriewasser*

Wichtige Schritte in Richtung auf Wettbewerb sieht das Kabinett in der Industriewasserversorgung: Großverbraucher sollen in der Wahl ihrer Lieferanten frei sein; die Grenze soll noch näher bestimmt werden, gedacht ist zunächst an einen Verbrauch von 100.000 m<sup>3</sup>/a. Für diese Gruppe der Verbraucher wird also das exklusive Versorgungsrecht aufgehoben.

#### *Trennung von öffentlichen und marktlichen Aktivitäten*

Wenn Unternehmen sich gleichzeitig auch auf Wettbewerbsmärkten engagieren, muss eine Trennung zwischen den Bereichen möglich sein (buchhalterische Trennung; eigene Rechtspersönlichkeit). Bei Wasserversorgern, die gleichzeitig auch auf dem Markt freies

---

Industriewasser anbieten, soll zunächst auf eine organisatorische Trennung verzichtet werden; es soll jedoch überprüft werden, wie sich dieses Marktsegment entwickelt und wie die Erfahrungen sind: erst dann soll entschieden werden, ob auch hier eine organisationsrechtliche Trennung vorgeschrieben werden muss.

### *Infrastrukturnutzung*

Gegenwärtig wird Trinkwasser und Industriewasser (in Trinkwasserqualität) über das gleiche Netz verteilt. Es gibt nach Ansicht des Kabinetts gute Gründe dafür, dieses System der gemeinsamen Nutzung auch in Zukunft beizubehalten. Dies gilt nicht nur für die bestehende Netzinfrastruktur sondern auch für neu zu errichtende Versorgungssysteme. Eine saubere Trennung der beiden Versorgungsaufgaben bei der Nutzung der Infrastruktur sollte jedoch möglich sein (Kostentransparenz, neue Anforderungen an buchhalterische Trennung).

### **5.3 Zum aktuellen Stand der Reformdiskussion**

Das Parlament fasst nach eingehenden Beratungen im April 1998 einen Beschluss, in dem vor allem die potentiell negativen Effekte von Wettbewerb auf die Tarifikunden hervorgehoben und die Regierung aufgefordert wird, den vorliegenden Gesetzesentwurf umzusetzen, aber die darin enthaltenen Wettbewerbsvorstellungen aufzugeben.<sup>20</sup>

Zu einer sehr intensiven Diskussion kommt es kurze Zeit später im zuständigen Parlamentsausschuss. Der Gesetzesentwurf stößt auf doch deutliche Gegenwehr vor allem in den Punkten, in denen die Regierung für eine wettbewerbliche Öffnung plädiert.<sup>21</sup> Die vorgebrachte Kritik ist sehr differenziert, es stehen jedoch einige Aspekte im Vordergrund:

- die besondere Leistungsfähigkeit der niederländischen Unternehmen wird hervorgehoben und damit gleichzeitig die Frage nach einem Reformbedarf thematisiert;
- angesichts des Netzwerkcharakters der Branche und ihrer überragenden gesellschaftlichen Bedeutung wird für eine Beibehaltung der öffentlichen Eigentumsform und gegen eine Privatisierung plädiert;
- es wird die Befürchtung geäußert, dass bei einer zu weitreichenden Veränderung der Marktstrukturen die öffentlichen Aufgaben nicht mehr gewährleistet sind;
- man befürchtet, dass die Intensivierung des Wettbewerbs um Großkunden eindeutig zu Lasten der gebundenen Tarifikunden geht. Man beruft sich in dem Zusammenhang u.a. auf Berechnungen der VEWIN, wonach es zu einem Preisanstieg bei Tarifikunden um bis 45% kommen kann, eine Berechnung, die jedoch vom zuständigen Minister als unrealistisch bezeichnet wird;
- die vorgeschlagene Trennung von Eigentum und Betrieb wird als nicht erforderlich und eher schädlich für die Leistungsfähigkeit der Wasserunternehmen gesehen, und

---

<sup>20</sup> Vgl. Tweede Kamer der Staten - Generaal, Vergaderjaar 1997 - 1998, 25869 Herzeining Waterleidingwet, Nr. 2, 16. April 1998

<sup>21</sup> Vgl. Tweede Kamer der Staten - Generaal, Vergaderjaar 1997 - 1998, 25869 Herzeining Waterleidingwet, Nr. 3, 26. Mai 1998

- die Bedeutung des Benchmarking wird hervorgehoben.

In ihrer Antwort betont die Regierung ihre Bereitschaft, die Unternehmen im öffentlichen Besitz zu behalten, verweist jedoch auch darauf, dass sie eine Struktur umsetzen möchte, die langfristig Wettbewerbsoptionen nicht ausschließt.

Die Debatte um einen neuen Ordnungsrahmen für die Wasserversorgung bekommt neue Impulse durch die Übernahme der Waterleiding Friesland durch das Energieversorgungsunternehmen NUON. Dieses Unternehmen ist ein öffentliches Unternehmen (76% Provinz Gelderland, 23% Provinz Friesland, Rest: mehrere Gemeinden) und verfügt mit NUON Water selbst über ein Wasserunternehmen. Diese Fusion ist zwar von der Kartellaufsicht genehmigt worden<sup>22</sup>, die Regierung sieht in dieser Entwicklung zu Multi-Utilities jedoch eine Gefahr für ihre politische Strategie, nämlich die Wasserversorgungsunternehmen angesichts ihrer zentralen gesellschaftlichen Rolle im öffentlichen Eigentum zu behalten.

Auch andere Wasserversorgungsunternehmen zeigen in der Zwischenzeit durchaus Interesse an einer Zusammenarbeit mit Energieversorgern und auch viele Gemeinden läugeln offen mit Teilprivatisierungen.<sup>23</sup> Die Regierung hat in dieser Situation den Vorschlag eines Moratoriums im Hinblick auf Anteilsübertragungen vorgeschlagen, bis es zu einer Klärung durch das neue Wassergesetz gekommen ist.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Kritik an weitgehenden Liberalisierungskonzepten hat die Regierung ihre Position noch einmal verdeutlicht.<sup>24</sup>

- die Unternehmen bleiben im öffentlichen Besitz; es gibt keine Privatisierung
- es wird ein verpflichtendes Benchmarking eingeführt, wobei die Organisation dieser Aufgabe noch strittig ist, die Regierung aber auch darauf hinweist, dass sie bei schlechten Ergebnissen nicht an Sanktionen denkt
- die bislang in den Gesetzesentwürfen geforderte administrative Trennung von Eigentum und Betrieb wird nicht aufrechterhalten; die Diskussion soll nach ersten Erfahrungen mit Wettbewerbsansätzen wieder aufgegriffen werden<sup>25</sup>

---

<sup>22</sup> Vgl. Directeur - Generaal van de Nederlandse Mededingingsautoriteit, Besluit, Zaaknummer 1212: NUON Water - Waterleiding Friesland, 8.2.1999 [<http://www.nma-org.nl/archief1999/1999/bcm/bcm1212%D9902.htm>]

<sup>23</sup> Vgl. O.V., Wettbewerb nur um Großkunden. Niederlande bevorzugen Wasserversorgung in öffentlicher Hand, in: Zeitung für kommunale Wirtschaft, Dezember 1999, S. 19

<sup>24</sup> Vgl. Tweede Kamer der Staten - Generaal, Vergaderjaar 1998 - 1999, 25869 Herzeyning Waterleidingwet, Nr. 4, 28. Juni 1999, und Tweede Kamer der Staten - Generaal, Vergaderjaar 1999 - 2000, 25869 Herzeyning Waterleidingwet, Nr. 5, 3. November 1999; siehe auch Ministerie van Economische Zaken, Structurele Hervormingen in Nederland. Voortgangsrapportage 2000, Den Haag 5.12.2000; Tweede Kamer der Staten - Generaal, Vergaderjaar 2000 - 2001, 27404 Milieuprogramma 2001-2004

<sup>25</sup> Vor allem das Wirtschaftsministerium hat verschiedene Untersuchungen in Auftrag gegeben, eine sehr umfangreiche Studie liegt vor zu den Erfahrungen aus der Liberalisierung in anderen Infrastruktursektoren und ihre Bedeutung für Liberalisierungskonzepte in der Wasserwirtschaft; vgl. TU Delft/Interfacultair Onderzoekcentrum Ontwerp en Management van Infrastructures, Vergelijking nutssectoren. Eindrapportage. Studie im Auftrag des Ministerie van Economische Zaken, Den Haag März 2000

- im Industrieressourcenbereich soll Wettbewerb Einzug halten;<sup>26</sup> die Umsetzung soll dabei so erfolgen, dass negative Effekte für Tarifabnehmer nicht auftreten.
- über Regelungen zur wettbewerblichen Vergabe von bestimmten Unternehmensfunktionen (Ablistung, Abrechnung, bestimmte technische Dienstleistungen) wird nachgedacht.

Das Kabinett legte im Februar 2000 eine umfassende Stellungnahme zur Privatisierung und Liberalisierung in netzgebundenen Infrastrukturbereichen vor, wobei die - in der parlamentarischen Debatte stets hervorgehobene - Frage nach der notwendigen Sicherung öffentlicher Interessen in diesen Sektoren im Mittelpunkt steht.<sup>27</sup> Ausgehend von einer sehr detaillierten Analyse der verschiedenen Ausprägungen von öffentlichem Interesse (Gesundheitsfragen, Versorgungssicherheit, Umweltaspekte, soziale Gesichtspunkte, etc.) werden jeweils die verschiedenen Wettbewerbsoptionen darauf hin überprüft, welche Auswirkungen sie auf die öffentlichen Interessen haben werden, bzw. wie diese gesellschaftlichen Interessen auch innerhalb von Wettbewerbslösungen sichergestellt werden können.

Auch diese jüngste offizielle Stellungnahme enthält eine sehr dezidierte Aussage zum Thema Privatisierung. Eine Privatisierung von Infrastruktur wird durchaus grundsätzlich nicht ausgeschlossen, insbesondere auf den Märkten, auf den bisher nur ungenügender Wettbewerb herrscht (und dies gilt eindeutig für die Wasserwirtschaft) oder die sich in einer Übergangsphase befinden, wird die Aufgabe des öffentlichen Eigentums jedoch eher skeptisch beurteilt. Öffentliche Unternehmen sollen hier zunächst erhalten bleiben, wobei die Regierung hier durchaus auch sehr unterschiedliche Formen des staatlichen Eigentums für möglich hält (von 100% Eigentümlösung bis zu Golden share - Varianten) und auch darauf verweist, dass diese öffentliche Eigentümlösung nicht permanent sein muss, sondern auch bei Vorliegen günstigerer Rahmenbedingungen auch aufgehoben werden könnte.

Im Hinblick auf die Einführung von Wettbewerb sieht die Regierung durchaus vielfältige Möglichkeiten in den anderen Infrastruktursektoren, sie verweist jedoch explizit auf die sehr begrenzten Möglichkeiten des Wettbewerbs in den Wassersektoren und favorisiert - neben der Möglichkeit des direkten Wettbewerbs um Großkunden - das Benchmarking als Wettbewerbsersatz.

#### **5.4 Konzentration und Privatisierung in der niederländischen Wasserwirtschaft: Aktuelle Entwicklungen**

Die anhaltende Debatte über ein neues Wassergesetz wird durch zwei Entwicklungen entscheidend beeinflusst, zum einen durch den sich fortsetzenden Konzentrationsprozess

---

<sup>26</sup> Nach überschlägigen Berechnungen würden bei der Festlegung der Verbrauchsgrenze bei 100.000 m<sup>3</sup> rd. 320 Unternehmen unter diese Wettbewerbsregel fallen. Auf diese Unternehmen entfallen rd. 63% des gesamten industriellen Leitungswasserverbrauchs, und rd. 12% der gesamten Wasserlieferungen der Wasserversorgungsunternehmen. vgl. Concurrentietoets 2000 – hoofdstuk 5, Box : Efficiëntieprikkels in de watersector, (<http://www.ez.nl/nota/ctoets2000/box/box5-6.htm>)

<sup>27</sup> Vgl. Minister van Economische Zaken, Publieke belangen en marktordering. Liberalisering en privatisering en netwerksectoren, Den Haag, Februar 2000

---

innerhalb der Wasserwirtschaft, zum anderen durch die sich in der Energiewirtschaft abzeichnende Privatisierungstendenzen und ihre Auswirkungen auf die Wasserwirtschaft.

### *Aktuelle Veränderung in den Marktstrukturen*

Mit Beginn des Jahres 2000 gibt es in den Niederlanden noch rd. 20 selbständige Wasserversorgungsunternehmen. Nach Ansicht von Experten dürfte sich die Zahl der Unternehmen langfristig sogar auf nur noch 5 – 8 Unternehmen verringern. Die Konzentration in der Wasserversorgung verläuft sehr unterschiedlich, häufig gehen bestimmte Kooperationsformen dem eigentlichen Zusammenschluss voraus.

Seit dem 1.4.2001 fungiert z.B. die südholändische Waterleidingbedrijf Midden-Nederland (WMN) unter dem Namen N.V. Hydron Midden – Nederland. Die Namensänderung ist Folge der Zusammenarbeit mit den Unternehmen N.V. Hydron Zuid – Holland (früher WZHO) und der N.V. Hydron Flevoland (früher: FDM). Alle drei Unternehmen bleiben zunächst rechtlich selbständig, dokumentieren aber mit dem neuen Namen den Willen und die Bereitschaft zur langfristigen Kooperation. Mit rd. 1 Millionen Anschlüssen zählt das neue Unternehmenskonglomerat zu den größten Wasserversorgungsunternehmen in den Niederlanden.<sup>28</sup>

Der Konzentrationsprozess auf dem niederländischen Wassermarkt ist aber vor allem mit dem Namen N.V. Nuon verbunden. Nuon ist selbst erst 1999 aus einer Fusion mehrerer Energieversorgungsunternehmen hervorgegangen. Es ist erklärtes Unternehmensziel, sich zu einem auch international bedeutsamen Multi Utility – Konzern zu entwickeln, vor allem die Kompetenz des Unternehmens im Wassersektor wird systematisch aufgebaut. Bereits 1999 wurde die Waterleiding Friesland übernommen, die „Einkaufstour“ wurde in den folgenden Jahren sowohl im Ausland als auch in den Niederlanden konsequent fortgesetzt. Mit dem Aufkauf von Norit N.V. engagiert sich Nuon erstmals auch im Bereich der Aufbereitungstechnologien.<sup>29</sup> Zusammen mit der englischen Biwater ist Nuon am Unternehmen Cascas beteiligt, einem Wasserversorgungsunternehmen, das u.a. rd. 200.000 Kunden in Bournemouth/UK versorgt und Wasserversorgungskonzessionen u.a. in Mexiko, Thailand, auf den Philippinen und in Südafrika gewonnen hat, im März 2001 wurde dann der größte amerikanische private Wasserversorger Utilities Inc. aufgekauft.<sup>30</sup>

Im Frühjahr 2000 richtete Nuon ein Übernahmeangebot an die Anteilseigner der Waterbedrijf Gelderland. Das Angebot in Höhe von rd. 1.000,- hfl pro Anschluss war sehr hoch und führte zu entsprechenden Anfragen im niederländischen Parlament: das Übernahmeangebot wird als Bestandteil einer aggressiven Unternehmensstrategie von Nuon gesehen, deren Kosten langfristig die Tarifkunden zu zahlen haben.<sup>31</sup>

---

<sup>28</sup> Vgl. <http://www.wmnwater.nl> 29.06.2001

<sup>29</sup> Vgl. Europe: Utilities scoop up water treatment specialists, European Water Management News, 30, May 2001-06-28

<sup>30</sup> Vgl. Nuon, Geschäftsbericht 2000, <http://www.nuon.nl>

<sup>31</sup> Vgl. Inlijven Waterbedrijf Gelderland door Nuon. Antwort auf eine Schriftliche Anfrage an das Wirtschafts- und das Umweltministerium, 13.6.2000 (<http://www.ez.nl/Persberichten/Persberichten2000/2000069.htm>) 18.06.2001

---

Im Februar 2001 lehnten die Anteilseigner mit großer Mehrheit (75%) das Übernahmeangebot von Nuon ab; der Entscheidung lagen vor allem Interventionen von übergeordneter staatlicher Ebene zugrunde, aber auch ein für die Waterbedrijf Gelderland angefertigter Untersuchungsbericht, in dem auf Risiken im Zusammenhang mit einer möglichen Privatisierung von Nuon hingewiesen wird.<sup>32</sup>

Trotz dieser Ablehnung des Übernahmeangebots werden auch von Gelderland die Bemühungen zur Absicherung institutioneller kooperativer Lösungen fortgesetzt. Die N.V. Waterbedrijf Gelderland (WGld), N.V. Nuon und die Waterleiding Maatschappij Overijssel N.V. (WMO) unterzeichneten Anfang Mai 2001 eine Absichtserklärung, wonach sie ihre öffentlichen Trinkwasserversorgungsaktivitäten zusammenlegen und auch intensiver auf dem Gebiet der internationalen Trinkwasserkonzessionen und der Industriewasserversorgung zusammenarbeiten wollen.<sup>33</sup>

Diese Fusion führt zum größten öffentlichen Trinkwasserversorger in den Niederlanden; das neue Unternehmen liefert Trinkwasser an alle Haushalte in den Provinzen Friesland, Overijssel und Gelderland sowie in Teile der Provinzen Flevoland und Drenthe, ein Gebiet mit insgesamt 4 Mio. Einwohner. Die Fusionsüberlegungen entstanden auf Initiative der Provinzen Gelderland Overijssel, die konkreten Formen der Zusammenarbeit müssen zwischen den Unternehmen noch entwickelt werden. Die bisherige Absichtserklärung der Unternehmen basiert auf folgender Konzeption:

- Ausschließlich niederländische öffentlich- rechtliche Rechtspersonen können Anteilseigner des neuen Unternehmens sein.
- Die öffentlich - rechtlichen Anteilseigner behalten die unternehmerische Verantwortung.
- Die Aktivitäten des neuen Unternehmens konzentrieren sich auf die inländische Trinkwasserversorgung.
- Das Unternehmen strebt nach einer kontinuierlichen Verbesserung aller Betriebsprozesse und versucht die sich aus der Fusion ergebenden Größenbetriebsvorteile zu realisieren.
- Das Unternehmen sieht sich als eine kunden- orientierte Unternehmung, die aktiv zur Sicherung und Verbesserung der Umweltqualität beiträgt.
- Das Unternehmen wird die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren und Institutionen innerhalb des Wasserkreislaufs verbessern.
- Anderen Wasserversorgungsunternehmen wird die Möglichkeit gegeben, sich zumindest auf lange Sicht dem neuen Unternehmen anzuschließen.

Die drei Unternehmen bringen ihre gesamten Trinkwasseraktivitäten in den neu zu gründenden öffentlichen Wasserbetrieb ein; die Anteile der drei Gründungsunternehmen an anderen

---

<sup>32</sup> Vgl. Waterbedrijf Gelderland, Presseberichte (<http://www.waterbedrijf-gelderland.nl>) 9.2.2001

<sup>33</sup> Vgl. Provincie Gelderland, Grootste Drinkwaterbedrijf in Nederland Gaat Het Drinkwater Voor Ca. Vier Miljoen Inwoners Verzorgen, ESASYK – Html Document, Nr. 2001-178, Arnhem 8. Mei 2001 (<http://www.gelderland.nl/Infoman/Easyk/GetHtml.aps?Item=12>) 18.6.2001

---

Betrieben außerhalb der Trinkwasserversorgung gehen nicht auf das neue Wasserunternehmen über. Diese Regelung ist in erster Linie für Nuon und eingeschränkt auch für WMO von Relevanz.

Durch die neue starke Bindung an den neuen öffentlich-rechtlichen Wasserbetrieb erhält Nuon den Zugang zum nötigen Know how, das notwendig ist, um auch im Ausland Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen bauen und betreiben zu können; es gibt entsprechende Ansprachen über die Stärkung von Nuon im Hinblick auf diese Aktivitäten. Durch entsprechende Regeln soll sichergestellt werden, dass Tarifikunden aus diesen ausländischen Aktivitäten keine Nachteile entstehen können.

Sowohl Nuon als auch das neue Wasserunternehmen werden innerhalb der Niederlande ihre Aktivitäten auf dem Gebiet von industriellen Wasserprojekten ausweiten, beide Unternehmen sollen sich aber auf unterschiedliche Marktsegmente konzentrieren. Alle unternehmerischen Aktivitäten außerhalb der Trinkwasserversorgung sollen in ein gesondertes Unternehmen eingebracht werden, um eine notwendige Kostentransparenz zu gewährleisten.

Relativ wenig thematisiert wird der Umstand, dass durch zunehmende Konzentrationsprozesse in der Wasserwirtschaft die Möglichkeiten der Umsetzung des Benchmarking – Konzepts schwieriger werden, ein Problem, das aus der Regulierung der britischen Wasserwirtschaft gut bekannt ist.

### *Privatisierung öffentlicher Versorgungsunternehmen*

Weltweit aber doch zumindest in den meisten Industrieländern ist der Trend zur Privatisierung öffentlicher Infrastrukturunternehmen nach wie vor ungebrochen. Trotz aller politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Unterschiede zwischen den Ländern, sind die Privatisierungsmotive ähnlich: Einnahmenerzielung aus dem Verkauf der Unternehmen, eine effiziente und kunden-orientierte Bereitstellung der Dienstleistungen und der Rückzug des Staates auf originäre steuernde und hoheitliche Aufgaben sind einige der Argumente für eine Privatisierung.<sup>34</sup>

Auch in den Niederlanden spielte bislang in den Überlegungen für eine Reform der Infrastruktursektoren (Bahn, Telekommunikation, Energie und Wasser) auch die Privatisierung der Unternehmen eine Rolle. In der Zwischenzeit hat sich in diesem Zusammenhang jedoch eine eher skeptische Grundhaltung durchgesetzt. „Die Niederlande rudern gegen den Strom“.<sup>35</sup> Deutlich akzentuiert wird diese Skepsis gegen eine Privatisierung der Energieverteiler, vor allem aber der Wasserversorgungsunternehmen in zahlreichen Parlamentsdebatten und offiziellen Stellungnahmen der verschiedenen Beratungsgremien der niederländischen Regierung.<sup>36</sup>

---

<sup>34</sup> Zu einem aktuellen Überblick über weltweite Privatisierungsstudien siehe Megginson, W.L., J.M. Netter, From state to market: A Survey of empirical studies on privatization. Research paper, University of Oklahoma, University of Georgia, September 2000

<sup>35</sup> o.V., Niederlande rudern gegen den Strom, in: Zeitung für kommunale Wirtschaft 5/2001, S. 9

<sup>36</sup> Vgl. Behandlung van: het wetsvoorstel Regels omrmet het transport en de levering van gas (Gaswet) (26463); de notitie Liberalisering en privatisering in netwerksectoren (27018), Eerste Kamer, 20 juni 2000, EK 32, 32-1473 - 32-1510; auch: Behandlung van het wetsvoorstel Wijziging van de Waterleidingwet in verband met de

Die Argumente, die in der öffentlichen Diskussion gegen die Privatisierung der Unternehmen ins Feld geführt werden, sind nicht immer ganz eindeutig. Es ist eher ein grundsätzliches Unbehagen, gefördert auch durch einige Entwicklungen in anderen Sektoren, wo die Regierung Reformpläne zurückstellen musste,<sup>37</sup> vor allem aber auch begründet mit der Angst vor „amerikanischen Verhältnissen“.<sup>38</sup> Die in der Zwischenzeit vorliegenden Stellungnahmen im Zusammenhang mit der Novellierung des Wassergesetzes bleiben im Hinblick auf die Bewertung der Privatisierung auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau:<sup>39</sup> während in einigen Stellungnahmen oft der naive Glaube an das Wirken der Marktkräfte zum Ausdruck kommt, bleibt in anderen Fällen unklar, warum Privatisierung plus einer stringenten Regulierung der Unternehmen zu schlechteren Ergebnissen führen soll als die Bereitstellung der Leistung durch öffentliche Unternehmen.

Auch wenn die niederländische Debatte sich dadurch auszeichnet, dass sie wenig ideologisch geprägt ist und durch einen wohlthuenden Pragmatismus bestimmt wird,<sup>40</sup> ist auch in den Niederlanden die Auseinandersetzung um die Frage nach dem „richtigen Weg“ nicht frei von Missverständnissen: so wird zwar einerseits sehr intensiv die Frage diskutiert, wie öffentliche Interessen durchgesetzt werden könnten, weitgehend unklar bleibt jedoch die Antwort auf die Frage, was letztendlich die öffentlichen Interessen sind, die durchgesetzt werden müssen und die möglicherweise bei einer Privatisierung in Gefahr sind.

Im Laufe der Debatte um die Reform des Wassergesetzes ist die Entscheidung über die Rechtsform der Wasserversorgungsunternehmen immer mehr zugunsten des Verbleibs der Unternehmen in öffentlicher Hand ausgefallen. Im August 2000 wurde der Kabinettsbeschluss veröffentlicht, der den öffentlich-rechtlichen Charakter der Wasserversorgung festschreibt und quasi einem Privatisierungsverbot gleichkommt.<sup>41</sup> Begründet wird dieser Schritt – der sich auf eine breite Parlamentsmehrheit stützen kann – mit der Sicherung von Umwelt- und Gesundheitsinteressen und der unsicheren Position, die sich für die Durchsetzung dieser Aufgaben unter den Bedingungen privater Monopole ergeben kann. Mit dieser Entscheidung hat sich vor allem der Umweltminister gegen die Wirtschaftsministerin durchgesetzt, die sich

---

richtlijn betreffende de kwaliteit van voor menselijke consumptie bestemd water (26700), Tweede Kamer, Waterleidingwet, 31 mei 2000, TK 82, 82-5274 – 82-5279; Raad van State, Jaarsverslag 1999; Den Haag 2000; Thielemann, M. De grenzen van de privatisering, in: Algemeen Dagblad, 17. 2.2001

<sup>37</sup> Vgl. Thielemann, M. De grenzen van de privatisering, in: Algemeen Dagblad, 17. 2.2001

<sup>38</sup> Die Debatte um die Liberalisierung und Privatisierung in der Energiewirtschaft fiel in den Zeitraum, in dem es in Kalifornien zu einem zeitweiligen Zusammenbruch der Energieversorgung kam.

<sup>39</sup> Zu einer kritischen Auseinandersetzung vgl. Ten Heuvelhof, E., M. van Twist: Over Maakbaarheidsdenken en Marktwerkingsbeleid. Van „Hoe Meer, Hoe Beter“ Naar „Hoe Beter, Hoe Meer“, Visie op Marktwerking. Conferenz 20. Oktober 2000. (28.01.01); Van Damme, E., Marktwerking ist Maatwerk, CentER Katholieke Universiteit Branbant, Oktober 2000; Paper unter: [http://www.minez.nl/beleid/home\\_ond/marktwerking/visie\\_marktwerking.htm](http://www.minez.nl/beleid/home_ond/marktwerking/visie_marktwerking.htm)

<sup>40</sup> Vgl. Directie Marktwerking (Ministerie van Economische Zaken); Marktwerkingsbeleid: dwangbuis, slobbertrui of maatpak?, Conferentie Visie op Marktwerking, 20. oktober 2000

<sup>41</sup> Vgl. Eigendom waterleidingbedrijven. Bekendmaking van de Minister van Volkshuisvesting, Ruimtelijke, Ordening en Milieubeheer, Staatscourant 29 augustus 2000, nr. 166, pag. 7; siehe auch Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke, Ordening en Milieubeheer (VROM), Privatisering waterleidingbedrijven niet meer mogelijk, VROM NL Magazine, 16. Oktober 2000

---

mehrfach dezidiert für eine Privatisierung ausgesprochen hatte <sup>42</sup> und dabei auf erfolgreiche Beispiele aus dem Telekommunikations- und Energiebereich verweist.<sup>43</sup>

In der Eigentumsregelung wird folgendes festgelegt:

- Wasserversorgungsunternehmen, die am 1. September 2000 Trinkwasser liefern, erhalten das alleinige Recht für die Förderung und die Lieferung von Trinkwasser innerhalb ihrer Einzugsgebietes.
- In den Fällen, in denen die Eigentumstitel nicht im öffentlichen Besitz liegen, können die Unternehmen solange weiterliefern, bis sie ihre Reorganisationsplanungen abgeschlossen haben und der Betrieb in den öffentlichen Besitz übergegangen ist.
- Anderen Wasserversorgungsunternehmen ist es nicht gestattet, Trinkwasser zu fördern und zu verteilen; Ausnahmen sind hier sog. Kollektive Wasserversorgungen, etwa in Kasernenanlagen oder Campingplätzen.
- Zur Sicherung des staatlichen Eigentums ist es nicht zulässig, Unternehmensanteile zu veräußern oder die Kontrolle über das Unternehmen zu übertragen; eine Übertragung von Anteilen ist nur möglich, wenn sich die andere Partei ebenfalls im öffentlich – rechtlichen Besitz befindet.
- Sind Anteile an den Wasserversorgungsunternehmen nach dem 1. September 2000 an nichtstaatliche Unternehmen übertragen worden, sind die Folgen dieses Eigentumsübergangs rückgängig zu machen.

Diese Entscheidung, eine Privatisierung der Wasserversorgungsunternehmen zu unterbinden, ist nicht unstrittig. Insbesondere die Wasserversorgungsunternehmen selbst sehen in dieser Entscheidung eine Gefahr für ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und sehen sich dabei durchaus auch im Einklang mit dem Wirtschaftsministerium.

Auch die Anteilseigner (Provinzen, Kommunen) sind nicht in toto glücklich über diese Entscheidung, da einige vor allem aus finanzpolitischen Gründen eine Veräußerung der Anteile in Erwägung gezogen haben. In einem Untersuchungsbericht für den Waterbedrijf Gelderland kritisieren die Gutachter z.B. den Umstand, dass die Kommunen wenig Einfluss auf wasserwirtschaftliche Entscheidungen haben und dass es nur schwach ausgeprägte Kooperations- und Kommunikationsstrukturen zwischen Unternehmen und Anteilseignern gibt. Die Gutachter verweisen darauf, dass unter diesen Bedingungen es nicht verwunderlich ist,

---

<sup>42</sup> In einer Rede begründet sie ihre Forderungen nach Privatisierung u.a. mit dem Hinweis auf die „sowjetischen Zustände“ in bestimmten Sektoren der niederländischen Volkswirtschaft, vgl. Jorritsma, A., Liberalisering and verzelfstandiging, Speech van de Minister van Economische Zaken, VVD Themadag, Schiphol 21.4.2001 (<http://www.minez.nl/Speeches/Speeches2001/2001034.htm>)

<sup>43</sup> Directie Marktwerking (Ministerie van Economische Zaken); Marktwerkingsbeleid: dwangbuis, slobbertrui of maatpak?, Conferentie Visie op Marktwerking, 20. oktober 2000; Jorritsma-Lebbink, A., Privatiseringsvoorwaarden. Schreiben an die Tweede Kamer, 26.6.2000. Für die Wirtschaftsministerin sind jedoch Voraussetzungen eine unabhängige Stellung des Netzbetriebs sowie die Sicherstellung einer ausreichenden staatlichen Regulierung.

---

wenn die Kommunen in ihren Anteilen in der Wasserbranche lediglich eine Kapitalanlage sehen, über die man je nach Marktlage entscheiden kann.<sup>44</sup>

Die Entscheidung gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung erweist sich jedoch auch aus einer anderen Sicht heraus als nicht unproblematisch. Vor allem die Entwicklung der Energieversorgungsunternehmen hin zu Multi Utilities mit einem umfassenden Infrastrukturdienstleistungsangebot unter Einschluss der Wassersparte bleibt natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die Wasserwirtschaft. Sollten in absehbarer Zeit Energieversorgungsunternehmen wie etwa Nuon privatisiert werden bzw. Anteile veräußern, geraten damit zwangsläufig auch die Wasserunternehmen unter private Kontrolle. Die Regierung hat mehrfach eindrücklich darauf hingewiesen, dass sie eine solche Entwicklung nicht hinnehmen wird, da es dem Geist des Privatisierungsbeschlusses des Kabinetts widerspricht. Sollte es zu einer Privatisierung kommen, ist durch entsprechende organisationsrechtliche Maßnahmen sicherzustellen, dass die Wassersparte ausgegliedert werden.<sup>45</sup>

Im Falle der oben beschriebenen Fusion von Nuon mit WGlD und WMO haben sich die beteiligten Akteure auf ein bestimmtes Verfahren geeinigt, wonach im Fall einer Privatisierung von Nuon deren Anteile am neu geschaffenen Trinkwasserversorger an öffentliche Anteilseigner übertragen werden; dies können sowohl die öffentlich – rechtlichen Anteilseigner des neuen Unternehmens sein, als auch die öffentlichen Anteilseigner von NUON selbst.<sup>46</sup>

Die Kosten von erforderlichen Restrukturierungsmaßnahmen dürfen in solchen Fällen nicht auf die Kunden entfallen, die zuständigen Minister haben in Briefen an die Unternehmen und ihre Anteilseigner darauf hingewiesen, dass bei geplanten Unternehmensverkäufen die entsprechenden eigentumsrechtlichen Vorgaben eingehalten werden müssen.<sup>47</sup> Sowohl Wirtschafts- als auch Umweltministerium weisen in einer Antwort auf eine Parlamentsanfrage darauf hin, dass es zwar keine rechtliche Möglichkeit gibt, Übernahmeangebote von Unternehmen wie Nuon zu verbieten, dass es aber aufgrund der Tatsache, dass sich alle beteiligten Unternehmen noch im öffentlichen Besitz befinden, bisher keine Schwierigkeiten gegeben hat, die Position der Regierung durchzusetzen.<sup>48</sup>

Auch organisationsrechtliche Varianten, bei denen die Gefahr besteht, dass zentrale Betriebsteile möglicherweise unter privatwirtschaftliche Kontrolle geraten könnten, sind nicht zulässig: abgelehnt hat der Umweltminister so zum Beispiel ein von der Provinz Gelderland vorgeschlagenes Modell, bei dem die Wasserversorgungsunternehmen im öffentlichen Besitz

---

<sup>44</sup> Vgl. Waterbedrijf Gelderland, Presseberichte (<http://www.waterbedrijf-gelderland.nl>; 5.12.2000

<sup>45</sup> Eine solche Regelung enthält bereits das Protokoll der Übernahme der Waterleiding Friesland durch Nuon aus dem Jahre 1999, wie eine solche Lösung aussehen kann, bleibt darin jedoch offen; vgl. Tweede Kamer der Staten - Generaal, Vergaderjaar 1998 - 1999, 25869 Herzeining Waterleidingwet, Nr. 4, 28. Juni 1999

<sup>46</sup> Vgl. Provincie Gelderland, Grootste Drinkwaterbedrijf in Nederland Gaat Het Drinkwater Voor Ca. Vier Miljoen Inwoners Verzorgen, ESASYK – Html Document, Nr. 2001-178, Arnhem 8. Mei 2001 (<http://www.gelderland.nl/Infoman/Easyk/GetHtml.aps?Item=12>) 18.6.

<sup>47</sup> Vgl. Eigendom waterleidingbedrijven. Bekendmaking van de Minister van Volkshuisvesting, Ruimtelijke, Ordening en Milieubeheer, Staatscourant 29 augustus 2000, nr. 166, pag. 7

<sup>48</sup> Vgl. Inlijven Waterbedrijf Gelderland door Nuon. Antwort auf eine Schriftliche Anfrage an das Wirtschafts- und das Umweltministerium, 13.6.2000 (<http://www.ez.nl/Persberichten/Persberichten2000/2000069.htm>) 18.06.2001

---

bleiben, die Betriebsführung aber von einer von Nuon geführten Managementgesellschaft übernommen würde.<sup>49</sup> In der gleichen Entscheidung erklärt das Ministerium jedoch auch public private partnerships in Form von Joint Venture dann für möglich, wenn es zu einer klaren Trennung von Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Risiken kommt.

## **6. Einige Schlussfolgerungen für die deutsche Liberalisierungsdiskussion**

In der gegenwärtigen Diskussion über die Umstrukturierung der deutschen Wasserwirtschaft und Privatisierungsoptionen wird in der Regel auf die Erfahrungen in England/Wales und in Frankreich Bezug genommen. Dies ist insofern verständlich, als beide Länder mit Abstand über die größten Erfahrungen mit privaten und wettbewerblichen Lösungen in der Wasserwirtschaft verfügen, andererseits aber angesichts der doch sehr unterschiedlichen politischen und institutionellen Rahmenbedingungen in den beiden Ländern oft nicht besonders hilfreich.

Trotz unverkennbarer Unterschiede zwischen den beiden Ländern kann die Debatte um die Neuorganisation gerade auch der niederländischen Wasserwirtschaft auch der Diskussion in Deutschland interessante Impulse geben:

- die Wasserwirtschaft in den Niederlanden ist hinsichtlich der Qualität und Versorgungssicherheit der deutschen Wasserwirtschaft vergleichbar; beide Länder verfügen über eine gut ausgebaute Infrastruktur und haben ein relativ hohes Umweltniveau erreicht. Die öffentlichen Unternehmen werden mehrheitlich in privatrechtlicher Form geführt und verfügen über ein hohes Maß an wirtschaftlicher Selbständigkeit.
- Anders als in der Bundesrepublik hat sich jedoch in den letzten Jahrzehnten die Struktur der Branche stark verändert; die auch politisch gewollte und geförderte Zentralisierung hat zu effizienten Organisationsstrukturen geführt. Angesichts der sehr kleinteiligen Struktur in der Bundesrepublik sollten die niederländischen Erfahrungen eingehend analysiert werden.
- Der Reformbedarf in der niederländischen Wasserwirtschaft wird daher in der Zwischenzeit eher realistisch eingeschätzt, nachdem auch die Regierung anfänglich eher auf die im internationalen Maßstab vorherrschenden Ansätze der Marktöffnung setzte.
- Die gegenwärtige Diskussion im politischen Raum ist durch eine wohlthuend rationale Auseinandersetzung mit den Konzepten der Liberalisierung und Privatisierung gekennzeichnet, und mit deren jeweiligen Vor- und Nachteile. Dies ist besonders im Vergleich zu der sehr hektischen und emotionsgeladenen deutschen Debatte herauszustellen.

---

<sup>49</sup> Vgl. Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke, Ordening en Milieubeheer (VROM) Directorate Genereaal Milieubeheer, Wetsvoorstel Waterleidingwet overheidseigendom waterleidingbedrijven, 2/VROM/2001, Den Haag 2001

- In der Zwischenzeit hat sich - trotz aller Unterschiede im Detail - doch unter allen politischen Parteien die Auffassung durchgesetzt, dass die öffentliche Eigentumsform die geeignetste Form darstellt, öffentliche Interessen zu sichern. Angesichts der Debatten in anderen Ländern aber auch der Bestrebungen der Europäischen Kommission ist dies eine bemerkenswerte Position. Abzuwarten bleibt jedoch, inwieweit sich mittelfristig das Privatisierungsverbot innerhalb eines generell liberalisierten Umfeldes durchsetzen und aufrechterhalten lässt, zumal es auch deutliche Privatisierungsinteressen aus der Branche heraus gibt.
- Bei der rechtlichen Umsetzung von mehr marktlichen Ansätzen versucht man keineswegs den "großen Wurf", sondern strebt vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklungen in den netzgebundenen Infrastruktursektoren eine Struktur an, in der schrittweise Reformen umgesetzt werden können, und zwar in einer Art und Weise, die zukünftigen Reformoptionen nicht von vornherein blockiert.

# Anhang

Organisation & Institution	Internet- Adresse	Anmerkungen
CFB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis	<a href="http://www.cfb.nl">http://www.cfb.nl</a>	Report, Diskussionspapier, zum Teil auch in englischer Sprache
NVA Nederlandse Vereniging voor Waterbeheer	<a href="http://www.nva.net/">http://www.nva.net/</a>	Umfangreiches Informationsangebote zu wasserwirtschaftlichen Themen
Netherlands Water Partnership	<a href="http://www.nwp.nl/">http://www.nwp.nl/</a>	Internetplattform mit Angeboten aller relevanten öffentlichen und privaten Institutionen /Unternehmen sowie NGO's zum Thema „Niederländisches Angebot für den internationalen Markt“ Niederländisches Verfassungsorgan, dass u.a. die Regierung bei Gesetzgebungsverfahren berät; Stellungnahmen und Jahresgutachten in niederländischer Sprache
Raad van State	<a href="http://www.raadvanstate.nl/">http://www.raadvanstate.nl/</a>	
Stichting Natuur en Milieu	<a href="http://www.smnl.nl">http://www.smnl.nl</a>	Niederländische Umweltstiftung; Report, Gutachten,  Links, größtenteils in niederländischer Sprache
TU Delft Interdisciplinary Research Center <i>Design and Management of Infrastructures</i>	<a href="http://www.infrastructures.tudelft.nl/">http://www.infrastructures.tudelft.nl/</a>	Forschungsinstitut zu Fragen der Entwicklung und Management von Netzinfrastrukturen; beschäftigt sich u.a. mit der Konvergenz von Netzindustrien; Übersichtsartikel und weiterführende Links auch in englischer Sprache
Land Water Milieu Informatietechnologie Waterland Courant	<a href="http://www.lwi.nl/">http://www.lwi.nl/</a>  <a href="http://www.waterland.net/courant/">http://www.waterland.net/courant/</a>	Eher technikorientierte Informationsangebote und Links (niederländisch)  zentrales Internet – Portal zu allen Aspekten der niederländischen Wasserwirtschaft; Links zu den Wasserversorgungsunternehmen
De Koninklijke Vereniging voor Waterleidingbelangen in Nederland	<a href="http://www.vwn.nl/">http://www.vwn.nl/</a>	Viefältiges Informationsangebot zu vielen wasserwirtschaftlichen Themen
VEWIN Verband der Niederländischen Wasserversorgungsunternehmen	<a href="http://www.vewin.nl/">http://www.vewin.nl/</a>	Links zu Wasserversorgungsunternehmen; Übergreifendes Informationsangebot im Aufbau (niederländisch)
Niederländisches Wirtschaftsministerium	<a href="http://www.minez.nl">http://www.minez.nl</a>	Umfangreiches Informationsangebot und Links; teilweise auch in englischer und deutscher Sprache verfügbar
Niederländisches Umweltministerium	<a href="http://www.vrom.nl">http://www.vrom.nl</a>	Umfangreiches Informationsangebot und Links; teilweise auch in englischer und deutscher Sprache verfügbar
Staatliches Internet - Portal	<a href="http://www.overheid.nl">http://www.overheid.nl</a>	Die zentrale Internet – Plattform für Informationen über die Niederlande; Links zu allen staatlichen und halbstaatlichen Organisationen, NGOs; zahlreiche Suchmaschinen



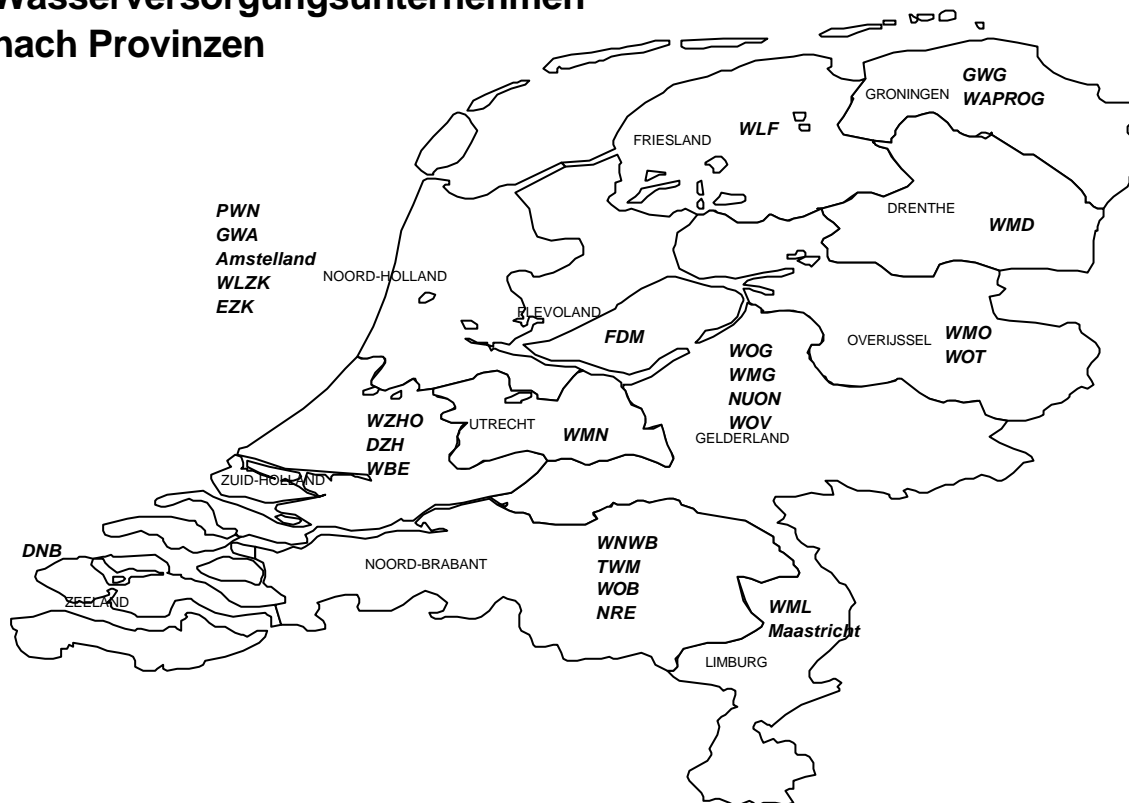
---

 Liste der Wasserversorgungsunternehmen in den Niederlanden (Stand. 1998)

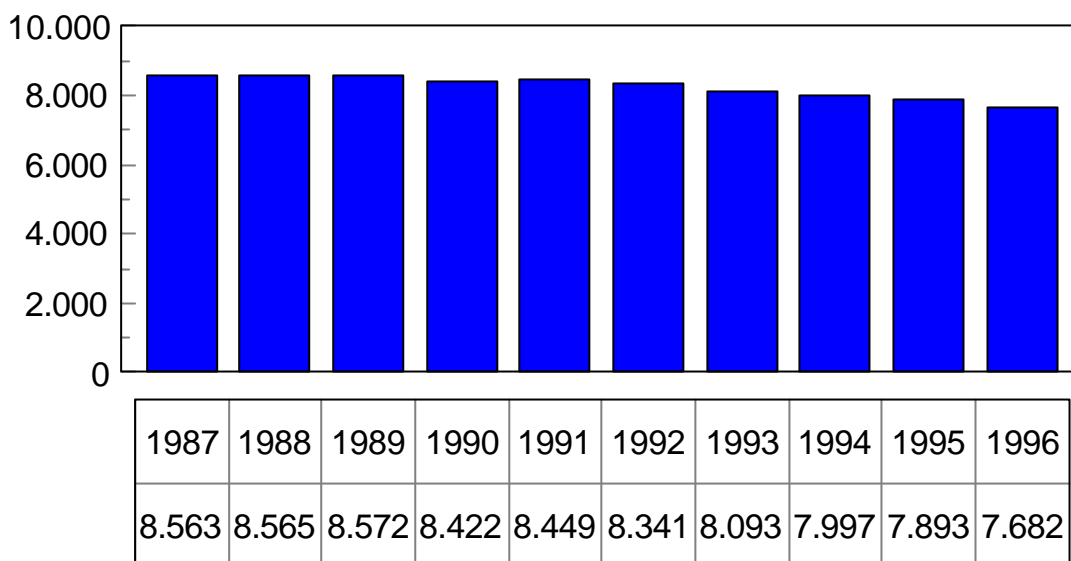
Abkürzung	Provinz	Name
Amstell	Noord-Holland	Nutsbedrijf Amstelland N.V.
DNB	Zeeland	N.V. DELTA Nutsbedrijven
DZH	Zuid-Holland	N.V. Duinwaterbedrijf Zuid-Holland
EZK	Noord-Holland	Energiebedrijf Zuid Kennermerland Netwerk
FDM	Flevoland	N.V. Flevolandse Drinkwater Maatschappij
GWA	Noord-Holland	Gemeetewaterleidingen Amsterdam
GWG	Groningen	Gemeentelijk Waterbedrijf Groningen
NBM	Limburg	Nutsbedrijven Maastricht
NUON	Gelderland	NUON Water
PWN	Noord-Holland	N.V. Waterleidingsbedrijf Noord-Holland
TWM	Noord-Brabant	N.V. Tilburgsche Waterleiding - Maatschappij
WAPROG	Groningen	N.V. Waterleidingmaatschappij voor de provincie Groningen
WBB	Noord-Brabant	N.V. Watergewinningbedrijf Brabantse Biesbosch
WBE	Zuid-Holland	Waterbedrijf Europoort
WLF	Friesland	Waterleiding Friesland
WLZK	Noord-Holland	N.V. Watervoorziening Heemstede/Zuid Kennermerland Netwerk
WMD	Drenthe	N.V. Waterleidingmaatschappij "Drenthe"
WMG/WOG	Gelderland	Waterbedrijf Gelderland
WML	Limburg	N.V. Waterleiding Maatschappij Limburg

WMN	Utrecht	N.V. Waterleidingsbedrijf Midden - Nederland
WMO	Overijssel	Waterleiding Maatschappij Overijssel N.V.
WNWB	Noord-Brabant	N.V. Waterleiding Maatschappij "Noord - West - Brabant"
WOB	Noord-Brabant	N.V. Waterleidingmaatschappij Oost - Brabant
WRK	Noord-Holland	N.V. Watertransportmaatschappij Rijn - Kennemerland
WZHO	Zuid- Holland	N.V. Watermaatschappij Zuid - Holland Oost

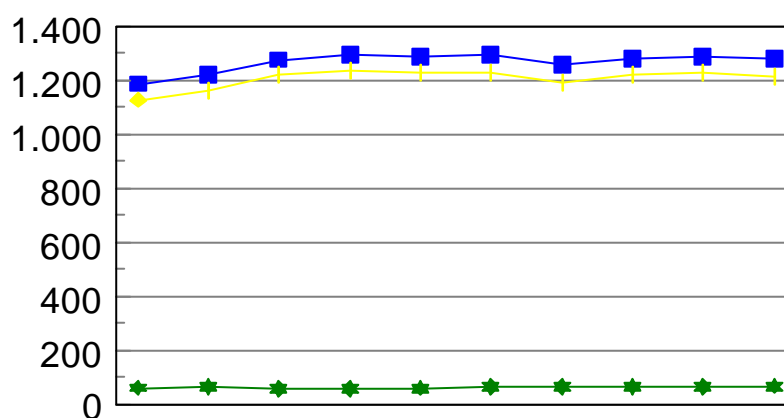
### Wasserversorgungsunternehmen nach Provinzen



## Beschäftigungsentwicklung 1987 - 1996 in niederländischen Wasserversorgungsunternehmen



## Wasserabgabe niederländischer Wasserversorgungsunternehmen 1987- 1996 in Mill. m3



	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Wasserabgabe insgesamt	1.187,6	1.222,4	1.276,7	1.293,3	1.290,7	1.294,9	1.256,3	1.282,2	1.289,6	1.280,1
Trinkwasser	1.128,1	1.161,3	1.219,0	1.236,0	1.231,5	1.230,0	1.194,2	1.220,8	1.227,3	1.213,3
Brauchwasser	59,5	61,1	57,7	57,3	59,2	64,9	62,1	61,4	62,3	66,8

Quelle: nach VEWIN 1997, S. 13

Spezifischer Wasserverbrauch in l/d/EW	1995	1996
Gesamter Wasserverbrauch (Trink- und Brauchwasser)	229	226
Trinkwasserverbrauch	218	215
Trinkwasserverbrauch privater Haushalte	129	130

### Wasserabgabe nach Art des Wasseraufkommens - 1996-

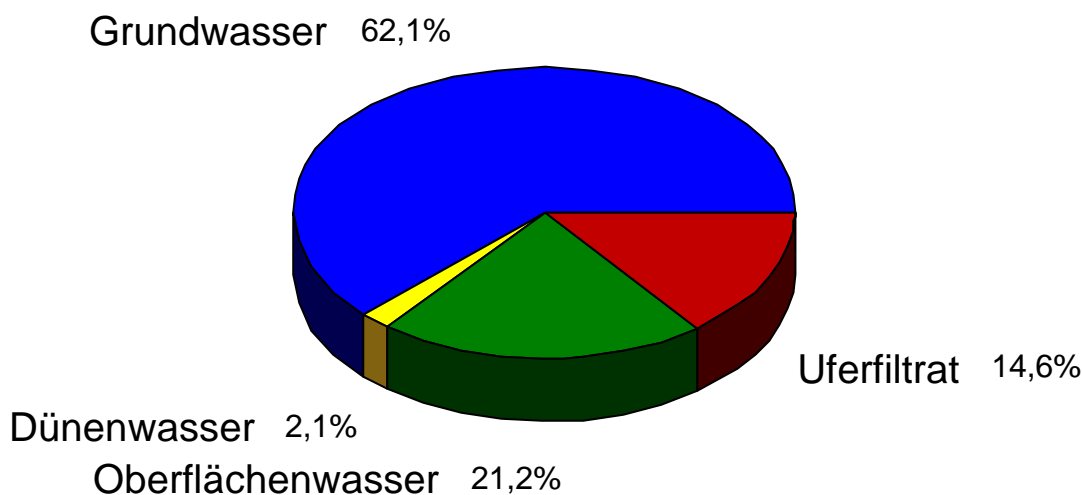


Tabelle: Wasserabgabe nach Provinzen und Abnehmergruppen 1996 (in 1000 m3)

Provinz	Trinkwasserabgabe	Brauchwasserabgabe	Trinkwasserabgabe 1) an Abnehmer mit einem Verbrauch von		
			< 300 m3	300- 10.000m3	> 10.000 m3
Groningen	46.374	1.778	26.582	8.509	9.802
Friesland	44.755		25.686	11.285	6.792
Drenthe	32.861		19.075	8.879	3.883
Overijssel	84.958		46.693	22.043	11.097
Gelderland	140.366		85.858	32.771	12.539
Utrecht	81.267		45.760	23.563	8.125
Flevoland	15.390		9.766	3.183	1.631
Noord- Holland	174.213	37.569	127.003	20.703	21.521
Zuid- Holland	277.505	9.594	163.911	42.851	55.216
Zeeland	37.439	8.790	26.227	2.276	7.074
Noord- Brabant	190.424	9.203	101.088	50.397	32.785
Limburg	87.732		54.868	20.996	10.409
Niederlande	1.213.284	66.934	732.517	247.456	180.874

1) Unberücksichtigt bleiben nicht abgerechnete Wasserlieferungen

Quelle: VEWIN 1997, S. 21,22

## Benutzte Quellen:

- Achtienribbe, G.E., Die Trinkwasserversorgung in den Niederlanden - strukturelle Veränderungen, in: Gwf - wasser- Abwasser 138 Jg. (1997), Nr. 11, S. 548-550
- Achtienribbe, G.E., Onwijs over water, o.J. 1998
- Behandling van: het wetsvoorstel Regels omtret het transport en de levering van gas (Gaswet) (26463); de notitie Liberalisering en privatisering in netwerksectoren (27018), Eerste Kamer, 20 juni 2000, EK 32, 32-1473 - 32-1510
- Behandling van het wetsvoorstel Wijziging van de Waterleidingwet in verband met de richtlijn betreffende de kwaliteit van voor menselijke consumptie bestemd water (26700), Tweede Kamer, Waterleidingwet, 31 mei 2000, TK 82, 82-5274 – 82-5279
- Braadbaart, O., G. Ardon, Water Supply: private business, public owners, in: Environmental News from the Netherlands No. 4, November 1999
- Broseliske, G.H., Verwaltung der Wasserqualität in den Niederlanden, in: awt Abwassertechnik H. 3/1993, S. 40 - 43
- Buckland, J., T.F. Zabel, Ökonomische Instrumente in der Wasserwirtschaft, in: Correia, F.N., R. A. Kraemer (Hrsg.), Institutionen der Wasserwirtschaft in Europa. Eurowater Band 2, Themenberichte, Berlin u.a.1997, S. 175 - 265
- CFB Netherlands Bureau for Economics Policy Analysis, Yardstick competition: Theory, design, and practice. Working Paper No. 133, The Hague, December 2000
- Concurrentietoets 2000 – hoofdstuk 5, Box : Efficiëntieprikkels in de watersector, (<http://www.ez.nl/nota/ctoets2000/box/box5-6.htm>)
- Correia, F.N., R. A. Kraemer (Hrsg.), Institutionen der Wasserwirtschaft in Europa. Eurowater Band 2, Themenberichte, Berlin u.a.1997
- De Groene, H., J. Heijs, W. Kleyn, Spatial Economic Policy Until the Year 2000, in: Tijdschrift voor Econ. en Soc. Geografie Vol. 86 (1995)No.5, S. 481 - 486
- Dijkgraaf, E., R. de Jong, Efficiency of Water Services under Different Regulatory Regimes: The United Kingdom and the Netherlands, Paper presented to the 1998 World Congress of Environmental and Resource Economist, Fondazione Eni Enrico Mattei
- Dijkgraaf, E., De Jong, R., van de Mortel, E.G.u.a. Moeglijkheden tot Marktwerking in de Nedelandse watersector. Ocfeb Erasmus Universiteit Rotterdam, Mai 1997, Untersuchung im Auftrag des Ministerie von Economische Zaken
- Directeur - Generaal van de Nederlandse Mededingingsautoriteit, Besluit, Zaaknummer 1212: NUON Water - Waterleiding Friesland, 8.2.1999 [<http://www.nma-org.nl/archief1999/1999/bcm/bcm1212%D9902.htm>]
- Directie Marctwerking (Ministerie van Economische Zaken); Marktwerkingsbeleid: dwangbuis, slobbertrui of maatpak?, Conferentie Visie op Marktwerking, 20. oktober 2000

- 
- Duinkerken, H., J.P.J.P. Menger, The Fourth Report on Physical Planning Reconsidered, in: Tijdschrift voor Econ. en Soc. Geografie Vol. 83 (1992)No.1, S. 72- 78
- Eigendom waterleidingbedrijven. Bekendmaking van de Minister van Volkshuisvesting, Ruimtelijke, Ordening en Milieubeheer, Staatscourant 29 augustus 2000, nr. 166, pag. 7
- European Environment Agency, Water Stress in Europe - can the challenge be met, Kopenhagen 1997
- Eurostat, Jahrbuch '96. Europa im Blick der Statistik 1985 - 1995, Luxemburg 1996
- Eurostat, Regions. Statistical yearbook 1996, Luxembourg 1997
- Informations- und Dokumentationszentrum für die Geographie der Niederlande (Hrsg.), Die Niederlande und das Wasser, IDG - Bulletin 1995/96, Utrecht 1996
- Inlijven Waterbedrijf Gelderland door Nuon. Antwort auf eine Schriftliche Anfrage an das Wirtschafts- und das Umweltministerium, 13.6.2000 (<http://www.ez.nl/Persberichten/Persberichten2000/2000069.htm>) 18.06.2001
- Institut für sozial - ökologische Forschung/ Milieu defensie (Friends of the Earth) (Hrsg.), Sustainable Netherlands: Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande, Frankfurt/M. 1993
- Jorritsma, A., Liberalisering and verzelfstandiging, Speech van de Minister van Economische Zaken, VVD Themadag, Schiphol 21.4.2001 (<http://www.minez.nl/Speeches/Speeches2001/2001034.htm>)
- Jorritsma-Lebbink, A., Privatiseringsvoorwaarden. Schreiben an die Tweede Kamer, 26.6.2000.
- Kolck, R., Zusammenarbeit über die Grenze: Regionalpolitik im deutsch - niederländischen Küstenraum, in: Neues Archiv für Niedersachsen, H.1 (1995), S. 77 - 89
- Koppers, H.M.M., S.G.J. Heijman, Entsorgung von Wasserwerksrückständen in den Niederlanden, in: gwf wasser Special 137 Jg. (1996) Nr. 14, S. S127 - S130
- Kuntze, O.-E., Niederlande, in: ifo- schnelldienst 4/98, S. 42- 53
- Lobina, E., D. Hall, Public Sector Alternatives to Water Supply and Sewerage Privatisation: Case Studies, Public Services International Research Unit, Report number: 9908 - W- U Pubalt [<http://www.psiru.org>]
- Megginson, W.L., J.M. Netter, From state to market: A Survey of empirical studies on privatization. Research paper, University of Oklahoma, University of Georgia, September 2000
- Minister van Economische Zaken, Publieke belangen en marktordening. Liberalisering en privatisering en netwerksectoren, Den Haag, Februar 2000
- Minister van Economische Zaken, Structural Reform in the Netherlands. Progress reprot 1999, Den Haag 2000
- Ministerie van Economische Zaken, Meer markt, minder regels, betere wetten. MDV Jaarbericht 2000, November 2000
- Ministerie van Economische Zaken, Structurele Hervormingen in Nederland. Voortgangsrapportage 2000, Den Haag 5.12.2000

- 
- Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke, Ordening en Milieubeheer (VROM), De Hoofddlijnen voor en nieuwe Waterleidingwet, Den Haag, März 1998
- Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke, Ordening en Milieubeheer (VROM), Privatisering waterleidingbedrijven niet meer mogelijk, VROM NL Magazine, 16. Oktober 2000
- Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke, Ordening en Milieubeheer (VROM) Directorate Generaal Milieubeheer, Wetsvoorstel Waterleidingwet overheidseigendom waterleidingbedrijven, 2/VROM/2001, Den Haag 2001
- Ministry of Housing, Spatial Planning and the Environment, Drinking Water in the Netherlands, Den Haag 1994
- Nuon, Geschäftsbericht 2000, <http://www.nuon.nl>
- o.V. Niederlande rudern gegen den Strom, in: Zeitung für kommunale Wirtschaft 5/2001, S. 9
- O.V., Europe: Utilities scoop up water treatment specialists, European Water Management News, 30, May 2001-06-28
- O.V., Wettbewerb nur um Großkunden. Niederlande bevorzugen Wasserversorgung in öffentlicher Hand, in: Zeitung für kommunale Wirtschaft, Dezember 1999, S. 19
- OECD, Issues and Developments in Public Management, Survey 1996 - 1997, Paris 1997
- OECD, OECD Economic Surveys 1997 - 1998: Netherlands, Paris 1998
- Perdock, P.J., Niederlande, in: Correia, F.N., R. A. Kraemer (Hrsg.), Institutionen der Wasserwirtschaft in Europa. Eurowater Band 1, Länderberichte, Berlin u.a.1997, S. 329 - 477
- Provincie Gelderland, Grootste Drinkwaterbedrijf in Nederland Gaat Het Drinkwater Voor Ca. Vier Miljoen Inwoners Verzorgen, ESASYK – Html Document, Nr. 2001-178, Arnhem 8. Mei 2001 (<http://www.gelderland.nl/Infoman/Easyk/GetHtml.aps?Item=12>) 18.6.
- Raad van State, Jaarsverslag 1999; Den Haag 2000
- Scheele, U. Aktuelle Entwicklungen in der englischen Wasserwirtschaft. Ergebnisse der Privatisierung und Probleme der Regulierung, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Bd. 20 (1997) H.1, S. 35 - 57
- Seegers, H., Droht den Niederlanden ab 1998 Wassermangel?, in: gwf Wasser - Abwasser 134 Jg. (1993) Nr. 7, S. 394- 397
- Ten Heuvelhof, E., M. van Twist: Over Maakbaarheidsdenken en Marktwerkingsbeleid. Van „Hoe Meer, Hoe Beter“ Naar „Hoe Beter, Hoe Meer“, Visie op Marktwerking. Konferenz 20. Oktober 2000. (28.01.01)
- Thielemann, M. De grenzen van de privatisering, in: Algemeen Dagblad, 17. 2.2001
- Tijdschrift voor Econ. en Soc. Geografie , The Netherlands in Maps, verschiedene Jahrgänge
- TU Delft/Interfacultair Onderzoekcentrum Ontwerp en Management van Infrastructuren, Vergelijking nutssectoren. Eindrapportage. Studie im Auftrag des Ministerie van Economische Zaken, Den Haag März 2000
- Tweede Kamer der Staten - Generaal, Vergaderjaar 1997 - 1998, 25869 Herzeining Waterleidingwet, Nr. 3, 26. Mai 1998
- Tweede Kamer der Staten - Generaal, Vergaderjaar 1997 - 1998, 25869 Herzeining Waterleidingwet, Nr. 2, 16. April 1998
- Tweede Kamer der Staten - Generaal, Vergaderjaar 1997 - 1998, 25869 Herzeining Waterleidingwet, Nr. 3, 26. Mai 1998

- 
- Tweede Kamer der Staten - Generaal, Vergaderjaar 1998 - 1999, 25869 Herzeining Waterleidingwet, Nr. 4, 28. Juni 1999
- Tweede Kamer der Staten - Generaal, Vergaderjaar 1999 - 2000, 25869 Herzeining Waterleidingwet, Nr. 5, 3. November 1999
- Tweede Kamer der Staten - Generaal, Vergaderjaar 1999 - 2000, 25869 Herzeining Waterleidingwet, Nr. 5, 3. November 1999
- Tweede Kamer der Staten - Generaal, Vergaderjaar 2000 - 2001, 27404 Milieuprogramma 2001-2004
- Tweede Kamer der Staten - Generaal, Vergaderjaar 2000 - 2001, 27644 Toekomst Milieuwetgeving, Nr. 2,
- Van Damme, E., Marktwerking ist Maatwerk, CentER Katholieke Universiteit Branbant, Oktober 2000;Paper unter:  
[http://www.minez.nl/beleid/home\\_ond/marktwerking/visie Marktwerking.htm](http://www.minez.nl/beleid/home_ond/marktwerking/visie Marktwerking.htm)
- Van Uum, E., Spatial Planning Scenarios for the Netherlands, in: Tijdschrift voor Econ. en Soc. Geografie Vol. 89 (1998)No.1, S. 106 - 116
- VEWIN , Water in Zicht. Benchmarking in de drinkwatersector, Rijswik 1999
- VEWIN, Wateleidingsstatistiek 1996, Rijswijk, Dezember 1997
- VNG, Commentaar op hoofdlijmennotitie Waterleidingwet, 11.3.1998 [<http://www.gemnet.nl/>]
- Waterbedrijf Gelderland, Presseberichte (<http://www.waterbedrijf-gelderland.nl>); 5.12.2000
- Wiersma, D., Towards a more sustainable use of groundwater by means of economic incentives: A case study of the Netherlands, Research Paper, University of Groningen 1998
- Winward, J., D.O'Neill, Utilities in Europe: Quality Regulation and Consumer Representation, Centre für die Study of Regulated Industries (CRI) Research Report 6, London 1997